

Fassung 12.12.2019	Änderungen	NEU-Fassung	
<p>Im Folgenden wird der Begriff „Technische Betriebe Rheine AöR“ ausgetauscht durch „Stadt Rheine“. Diese Änderung ist erforderlich, da die zum 01.01.2021 zu gründende TBR als Eigenbetriebsähnliche Einrichtung keine eigenständige Rechtspersönlichkeit hat. Diese Änderungen sind nicht markiert.</p>			
Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage in der Stadt Rheine- Entwässerungssatzung - vom 12.12.2019	Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage in der Stadt Rheine- Entwässerungssatzung - vom 08.12.2020	Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage in der Stadt Rheine- Entwässerungssatzung - vom 08.12.2020	Kommentierung
Inhaltsverzeichnis		Inhaltsverzeichnis	
§ 1 Allgemeines		§ 1 Allgemeines	
§ 2 Begriffsbestimmungen		§ 2 Begriffsbestimmungen	
§ 3 Anschlussrecht		§ 3 Anschlussrecht	
§ 4 Begrenzung des Anschlussrechts		§ 4 Begrenzung des Anschlussrechts	
§ 5 Anschlussrecht für Niederschlagswasser		§ 5 Anschlussrecht für Niederschlagswasser	
§ 6 Benutzungsrecht		§ 6 Benutzungsrecht	
§ 7 Begrenzung des Benutzungsrechts		§ 7 Begrenzung des Benutzungsrechts	
§ 8 Abscheideanlagen		§ 8 Abscheideanlagen	
§ 9 Anschluss- und Benutzungszwang		§ 9 Anschluss- und Benutzungszwang	
§ 10 Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang für Schmutzwasser		§ 10 Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang für Schmutzwasser	
§ 11 Nutzung des Niederschlagswassers		§ 11 Nutzung des Niederschlagswassers	
§ 12 Besondere Bestimmungen für Druckentwässerungsnetze		§ 12 Besondere Bestimmungen für Druckentwässerungsnetze	
§ 13 Ausführung von Anschlussleitungen		§ 13 Ausführung von Anschlussleitungen	
§ 14 Zustimmungs- und Abnahmeverfahren		§ 14 Zustimmungs- und Abnahmeverfahren	
§ 15 Funktions- und Zustandsprüfung bei privaten Abwasserleitungen		§ 15 Funktions- und Zustandsprüfung bei privaten Abwasserleitungen	
§ 16 Indirekteinleiter-Kataster		§ 16 Indirekteinleiter-Kataster	
§ 17 Abwasseruntersuchungen		§ 17 Abwasseruntersuchungen	

§ 18	Auskunfts- und Nachrichtenpflicht; Betretungsrecht		§ 18	Auskunfts- und Nachrichtenpflicht; Betretungsrecht	
§ 19	Haftung		§ 19	Haftung	
§ 20	Berechtigte und Verpflichtete		§ 20	Berechtigte und Verpflichtete	
§ 21	Ordnungswidrigkeiten		§ 21	Ordnungswidrigkeiten	
§ 22	Inkrafttreten		§ 22	Inkrafttreten	
Um den Lesefluss nicht zu beeinträchtigen, wird hier und im folgenden Text nur die männliche Form genannt, stets aber die weibliche und andere Formen gleichermaßen mitgemeint.			Um den Lesefluss nicht zu beeinträchtigen, wird hier und im folgenden Text nur die männliche Form genannt, stets aber die weibliche und andere Formen gleichermaßen mitgemeint.		
Aufgrund			Aufgrund		
-	der §§ 7,8 und 9 in Verbindung mit § 114a Abs. 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994, (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 11. April 2019 (GV NRW S. 202),	-	der §§ 7,8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994, (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 14. April 2020 (GV NRW S. 218 b),	-	der §§ 7,8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994, (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 14. April 2020 (GV NRW S. 218 b),
-	der §§ 43 ff. des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08. Juli 2016 (GV NRW. S. 559), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 2. Juli 2019 (GV NRW S. 341)	-	der §§ 43 ff. des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08. Juli 2016 (GV NRW. S. 559), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 29. Mai 2020 (GV NRW S. 376),	-	der §§ 43 ff. des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08. Juli 2016 (GV NRW. S. 559), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 29. Mai 2020 (GV NRW S. 376),
-	der §§ 56 und 58 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz -WHG -) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BGBl I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2254),	-	der §§ 56 und 58 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz -WHG -) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BGBl I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 253 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl I S. 1328),	-	der §§ 56 und 58 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz -WHG -) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BGBl I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 253 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl I S. 1328),
-	der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser (SüwVO Abw NRW) vom 17. Oktober 2013 (GV NRW. S. 602), zuletzt geändert durch Artikel 23 des Gesetzes vom 8. Juli 2016 (GV.NRW. S 559)	-	der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser (SüwVO Abw NRW) vom 15. Juli 2020 (GV.NRW. S. 725),	-	der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser (SüwVO Abw NRW) vom 15. Juli 2020 (GV.NRW. S. 725),
		-	der Abwasserverordnung (AbwV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juni 2004 (BGBl I S. 1108, 2625), zuletzt geändert durch Artikel 1 der	-	der Abwasserverordnung (AbwV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juni 2004 (BGBl I S. 1108, 2625), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verord-

	Verordnung vom 16. Juni 2020 (BGBl I S. 1287),	nung vom 16. Juni 2020 (BGBl I S. 1287),	
- des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 19. Februar 1987 (BGBl I S. 602), zuletzt geändert durch Artikel 5 Absatz 15 des Gesetzes vom 21. Juni 2019 (BGBl I S. 846),	- des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 19. Februar 1987 (BGBl I S. 602), zuletzt geändert durch Artikel 185 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl I S. 1328),	- des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 19. Februar 1987 (BGBl I S. 602), zuletzt geändert durch Artikel 185 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl I S. 1328),	
- in Verbindung mit der Satzung der Stadt Rheine über die Anstalt des öffentlichen Rechts Technische Betriebe Rheine vom 11. Dezember 2007,	- in Verbindung mit der Satzung der Stadt Rheine über die Anstalt des öffentlichen Rechts Technische Betriebe Rheine vom 11. Dezember 2007,		
jeweils in der bei Erlass der Satzungsbeschlüsse geltenden Fassung, hat der Verwaltungsrat der Technischen Betriebe Rheine AÖR am 12.12.2019 die folgende Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage in der Stadt Rheine - Entwässerungssatzung- beschlossen:	jeweils in der bei Erlass der Satzungsbeschlüsse geltenden Fassung, hat der Rat der Stadt Rheine am 08. Dezember 2020 die folgende Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage in der Stadt Rheine -Entwässerungssatzung- beschlossen:	jeweils in der bei Erlass der Satzungsbeschlüsse geltenden Fassung, hat der Rat der Stadt Rheine am 08. Dezember 2020 die folgende Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage in der Stadt Rheine - Entwässerungssatzung- beschlossen:	
§ 1 Allgemeines		§ 1 Allgemeines	
(1) Die Stadt Rheine hat die ihr obliegenden Pflichten nach § 46 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 bis 5 Landeswassergesetz (LWG NRW) in Verbindung mit § 54 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) sowie das Recht anstelle der Stadt Rheine Satzungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen durch Satzung vom 11. Dezember 2007 auf die Technische Betriebe Rheine AÖR (TBR) übertragen.			
(2) Die TBR betreibt nach Maßgabe dieser Satzung eine öffentliche Einrichtung zur leitungsgebundenen Beseitigung des im Gebiet der Stadt Rheine anfallenden Abwassers (Schmutz- und Niederschlagswasser).	(1) Die Stadt Rheine betreibt nach Maßgabe dieser Satzung eine öffentliche Einrichtung zur leitungsgebundenen Beseitigung des im Gebiet der Stadt Rheine anfallenden Abwassers (Schmutz- und Niederschlagswasser).	(1) Die Stadt Rheine betreibt nach Maßgabe dieser Satzung eine öffentliche Einrichtung zur leitungsgebundenen Beseitigung des im Gebiet der Stadt Rheine anfallenden Abwassers (Schmutz- und Niederschlagswasser).	
	(2) Die Stadt erfüllt ihre Pflichten in Form der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Technische Betriebe Rheine“ – TBR - . Die TBR ist berechtigt, Anträge, Erklärungen und Auskünfte, die nach dieser Satzung gegenüber der Stadt abzugeben sind, mit Wirkung für und gegen die Stadt entgegenzunehmen.	(2) Die Stadt Rheine erfüllt ihre Pflichten in Form der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Technische Betriebe Rheine“- TBR - . Die TBR ist berechtigt, Anträge, Erklärungen und Auskünfte, die nach dieser Satzung gegenüber der Stadt Rheine abzugeben sind, mit Wirkung für und gegen die Stadt Rheine entgegenzunehmen.	
(3) Die Vorschriften dieser Satzung gelten nicht für die	(3) Die Vorschriften dieser Satzung gelten nicht für die	(3) Die Vorschriften dieser Satzung gelten nicht für die	

Entleerung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben sowie die Entsorgung der Inhalte. Hierfür gilt die Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen vom 12.12.2019 in der jeweils geltenden Fassung.	Entleerung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben sowie die Entsorgung der Inhalte. Hierfür gilt die Satzung der Stadt Rheine über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen vom 8. Dezember 2020 in der jeweils geltenden Fassung.	Entleerung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben sowie die Entsorgung der Inhalte. Hierfür gilt die Satzung der Stadt Rheine über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen vom 8. Dezember 2020 in der jeweils geltenden Fassung.	
(4) Die Abwasserbeseitigungspflicht der TBR umfasst unter anderem das Sammeln, Fortleiten, Behandeln, Einleiten, Versickern, Verregnen und Verrieseln des im Gebiet der Stadt Rheine anfallenden Abwassers sowie das Entwässern und Entsorgen des Klärschlammes. Zur Abwasserbeseitigungspflicht gehören nach § 46 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 bis 5 LWG NRW insbesondere:	(4) Die Abwasserbeseitigungspflicht der Stadt Rheine umfasst unter anderem das Sammeln, Fortleiten, Behandeln, Einleiten, Versickern, Verregnen und Verrieseln des im Gebiet der Stadt Rheine anfallenden Abwassers sowie das Entwässern und Entsorgen des Klärschlammes. Zur Abwasserbeseitigungspflicht gehören nach § 46 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 bis 6 LWG NRW insbesondere:	(4) Die Abwasserbeseitigungspflicht der Stadt Rheine umfasst unter anderem das Sammeln, Fortleiten, Behandeln, Einleiten, Versickern, Verregnen und Verrieseln des im Gebiet der Stadt Rheine anfallenden Abwassers sowie das Entwässern und Entsorgen des Klärschlammes. Zur Abwasserbeseitigungspflicht gehören nach § 46 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 bis 6 LWG NRW insbesondere:	
1. die Planung der abwassertechnischen Erschließung von Grundstücken, deren Bebaubarkeit nach Maßgabe des Baugesetzbuches durch einen Bebauungsplan, einen Vorhaben- und Erschließungsplan oder eine Klarstellungs-, Entwicklungs- und Ergänzungssatzung begründet worden ist;		1. die Planung der abwassertechnischen Erschließung von Grundstücken, deren Bebaubarkeit nach Maßgabe des Baugesetzbuches durch einen Bebauungsplan, einen Vorhaben- und Erschließungsplan oder eine Klarstellungs-, Entwicklungs- und Ergänzungssatzung begründet worden ist;	
2. das Sammeln und das Fortleiten des auf den Grundstücken des Gemeindegebietes anfallenden Abwassers sowie die Aufstellung und Fortschreibung von Plänen nach § 57 Abs. 1 Satz 4 und 5 LWG NRW;		2. das Sammeln und das Fortleiten des auf den Grundstücken des Gemeindegebietes anfallenden Abwassers sowie die Aufstellung und Fortschreibung von Plänen nach § 57 Abs. 1 Satz 4 und 5 LWG NRW;	
3. das Behandeln und die Einleitung des nach Nummer 2 übernommenen Abwassers sowie die Aufbereitung des durch die Abwasserbeseitigung anfallenden Klärschlammes für seine ordnungsgemäße Verwertung oder Beseitigung;		3. das Behandeln und die Einleitung des nach Nummer 2 übernommenen Abwassers sowie die Aufbereitung des durch die Abwasserbeseitigung anfallenden Klärschlammes für seine ordnungsgemäße Verwertung oder Beseitigung;	
4. die Errichtung und der Betrieb sowie die Erweiterung oder die Anpassung der für die Abwasserbeseitigung nach den Nummern 2 und 3 notwendigen Anlagen an die Anforderungen der §§ 54 bis 61 WHG und des § 56 LWG NRW;	4. die Errichtung und der Betrieb sowie die Erweiterung oder die Anpassung der für die Abwasserbeseitigung nach den Nummern 2 und 3 notwendigen Anlagen an die Anforderungen des § 60 WHG und des § 56 LWG NRW ;	4. die Errichtung und der Betrieb sowie die Erweiterung oder die Anpassung der für die Abwasserbeseitigung nach den Nummern 2 und 3 notwendigen Anlagen an die Anforderungen des § 60 WHG und des § 56 LWG NRW;	

<p>5. das Einsammeln und Abfahren des in Kleinkläranlagen anfallenden Schlammes und dessen Aufbereitung für eine ordnungsgemäße Verwertung oder Beseitigung (§ 54 Abs. 2 Satz 2 WHG i.V.m. § 46 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 LWG NRW) hierfür gilt die Satzung der TBR über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen vom 14. Dezember 2017 in der jeweils geltenden Fassung;</p>	<p>5. das Einsammeln und Abfahren des in Kleinkläranlagen anfallenden Schlammes und dessen Aufbereitung für eine ordnungsgemäße Verwertung oder Beseitigung (§ 54 Abs. 2 Satz 2 WHG i.V.m. § 46 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 LWG NRW); hierfür gilt die Satzung der Stadt Rheine über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen vom 08. Dezember 2020 in der jeweils geltenden Fassung;</p>	<p>5. das Einsammeln und Abfahren des in Kleinkläranlagen anfallenden Schlammes und dessen Aufbereitung für eine ordnungsgemäße Verwertung oder Beseitigung (§ 54 Abs. 2 Satz 2 WHG i. V. m. § 46 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 LWG NRW); hierfür gilt die Satzung der Stadt Rheine über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen vom 08. Dezember 2020 in der jeweils geltenden Fassung;</p>	
	<p>6. die Aufstellung und Vorlage des Abwasserbeseitigungskonzepts nach Maßgabe des § 47 LWG NRW</p>	<p>6. die Aufstellung und Vorlage des Abwasserbeseitigungskonzepts nach Maßgabe des § 47 LWG NRW</p>	
<p>(5) Die TBR bereitet das gemäß § 47 Abs. 1 Nr. 6 LWG NRW von der Stadt Rheine aufzustellende und vorzulegende Abwasserbeseitigungskonzept zur Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Rheine vor.</p>	<p>(5) Die TBR bereitet das gemäß § 47 Abs. 1 Nr. 6 LWG NRW von der Stadt Rheine aufzustellende und vorzulegende Abwasserbeseitigungskonzept zur Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Rheine vor.</p>		
<p>(6) Die TBR stellt zum Zweck der Abwasserbeseitigung in ihrem Gebiet und zum Zweck der Verwertung oder Beseitigung der bei der öffentlichen Abwasserbeseitigung anfallenden Rückstände die erforderlichen Anlagen als öffentliche Einrichtung zur Verfügung (öffentliche Abwasseranlage). Die öffentliche Abwasseranlage bildet eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit.</p>		<p>(5) Die Stadt Rheine stellt zum Zweck der Abwasserbeseitigung in ihrem Gebiet und zum Zweck der Verwertung oder Beseitigung der bei der öffentlichen Abwasserbeseitigung anfallenden Rückstände die erforderlichen Anlagen als öffentliche Einrichtung zur Verfügung (öffentliche Abwasseranlage). Die öffentliche Abwasseranlage bildet eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit.</p>	
<p>(7) Art, Lage und Umfang der öffentlichen Abwasseranlage sowie den Zeitpunkt ihrer Herstellung, Erweiterung, Erneuerung, Änderung, Sanierung oder Beseitigung bestimmt die TBR im Rahmen der ihr obliegenden Abwasserbeseitigungspflicht. Die TBR bestimmt insbesondere, ob sie Abwasserkanäle in Form von Freispiegelleitungen oder als Druckrohrleitungen herstellt.</p>		<p>(6) Art, Lage und Umfang der öffentlichen Abwasseranlage sowie den Zeitpunkt ihrer Herstellung, Erweiterung, Erneuerung, Änderung, Sanierung oder Beseitigung bestimmt die Stadt Rheine im Rahmen der ihr obliegenden Abwasserbeseitigungspflicht. Die Stadt Rheine bestimmt insbesondere, ob sie Abwasserkanäle in Form von Freispiegelleitungen oder als Druckrohrleitungen herstellt.</p>	
<p>§ 2 Begriffsbestimmungen</p>		<p>§ 2 Begriffsbestimmungen</p>	
<p>Im Sinne dieser Satzung bedeuten:</p>		<p>Im Sinne dieser Satzung bedeuten:</p>	
<p>1. Abwasser: Abwasser ist Schmutzwasser und Niederschlagswasser im Sinne des § 54 WHG</p>		<p>1. Abwasser: Abwasser ist Schmutzwasser und Niederschlagswasser im Sinne des § 54 WHG</p>	

<p>2. Schmutzwasser: Schmutzwasser ist das durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte und das bei Trockenwetter damit zusammen abfließende Wasser. Als Schmutzwasser gelten auch die aus Anlagen zum Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen austretenden und gesammelten Flüssigkeiten.</p>		<p>2. Schmutzwasser: Schmutzwasser ist das durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte und das bei Trockenwetter damit zusammen abfließende Wasser. Als Schmutzwasser gelten auch die aus Anlagen zum Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen austretenden und gesammelten Flüssigkeiten.</p>	
<p>3. Niederschlagswasser: Niederschlagswasser ist das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten (überbauten) Flächen gesammelt abfließende Wasser.</p>		<p>3. Niederschlagswasser: Niederschlagswasser ist das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten (überbauten) Flächen gesammelt abfließende Wasser.</p>	
<p>4. Mischsystem: Im Mischsystem werden Schmutz- und Niederschlagswasser gemeinsam gesammelt und fortgeleitet.</p>		<p>4. Mischsystem: Im Mischsystem werden Schmutz- und Niederschlagswasser gemeinsam gesammelt und fortgeleitet.</p>	
<p>5. Trennsystem: Im Trennsystem werden Schmutz- und Niederschlagswasser getrennt gesammelt und fortgeleitet.</p>		<p>5. Trennsystem: Im Trennsystem werden Schmutz- und Niederschlagswasser getrennt gesammelt und fortgeleitet.</p>	
<p>6. Öffentliche Abwasseranlage:</p>		<p>6. Öffentliche Abwasseranlage:</p>	
<p>a) Zur öffentlichen Abwasseranlage gehören alle von der TBR selbst oder in ihrem Auftrag betriebenen Anlagen, die dem Sammeln, Fortleiten, Behandeln, Versickern, Verregnen, Verrieseln und Einleiten von Abwasser sowie der Behandlung, Verwertung oder Beseitigung der bei der öffentlichen Abwasserbeseitigung anfallenden Rückstände dienen.</p>		<p>a) Zur öffentlichen Abwasseranlage gehören alle von der Stadt Rheine selbst oder in ihrem Auftrag betriebenen Anlagen, die dem Sammeln, Fortleiten, Behandeln, Versickern, Verregnen, Verrieseln und Einleiten von Abwasser sowie der Behandlung, Verwertung oder Beseitigung der bei der öffentlichen Abwasserbeseitigung anfallenden Rückstände dienen.</p>	
<p>b) Zur öffentlichen Abwasseranlage gehören ferner bei Freigefällekanälen auch die Grundstücksanschlussleitungen vom Hauptkanal bis zur Grundstücksgrenze.</p>		<p>b) Zur öffentlichen Abwasseranlage gehören ferner bei Freigefällekanälen auch die Grundstücksanschlussleitungen vom Hauptkanal bis zur Grundstücksgrenze.</p>	
<p>c) In den Gebieten, in denen die Abwasserbeseitigung durch ein Druckentwässerungsnetz erfolgt und sich Teile eines solchen Netzes auf den Privatgrundstücken befinden, gehört</p>		<p>c) In den Gebieten, in denen die Abwasserbeseitigung durch ein Druckentwässerungsnetz erfolgt und sich Teile eines solchen Netzes auf den Privatgrundstücken befinden, gehört</p>	

die Druckrohrleitung ab Druckpumpanlage – ausschließlich- zur öffentlichen Abwasseranlage.		die Druckrohrleitung ab Druckpumpanlage – ausschließlich- zur öffentlichen Abwasseranlage.	
d) Zur öffentlichen Abwasseranlage gehören auch Gräben und natürliche Wasserläufe sowie Anlagen und Einrichtungen, die nicht von der TBR selbst, sondern von Dritten (z. B. Unterhaltungsverbänden) hergestellt und unterhalten werden, wenn die TBR sich ihrer zur Durchführung der Grundstücksentwässerung bedient.		d) Zur öffentlichen Abwasseranlage gehören auch Gräben und natürliche Wasserläufe sowie Anlagen und Einrichtungen, die nicht von der Stadt Rheine selbst, sondern von Dritten (z. B. Unterhaltungsverbänden) hergestellt und unterhalten werden, wenn die Stadt Rheine sich ihrer zur Durchführung der Grundstücksentwässerung bedient.	
e) Nicht zur öffentlichen Abwasseranlage im Sinne dieser Satzung gehören Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben, deren Entsorgung in der Satzung der TBR über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen vom 12.12.2019 in der jeweils geltenden Fassung, geregelt ist.	e) Nicht zur öffentlichen Abwasseranlage im Sinne dieser Satzung gehören Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben, deren Entsorgung in der Satzung der Stadt Rheine über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen vom 08. Dezember 2020 in der jeweils geltenden Fassung, geregelt ist.	e) Nicht zur öffentlichen Abwasseranlage im Sinne dieser Satzung gehören Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben, deren Entsorgung in der Satzung der Stadt Rheine über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen vom 08. Dezember 2020 in der jeweils geltenden Fassung, geregelt ist.	
7. Anschlussleitungen: Unter Anschlussleitungen im Sinne dieser Satzung werden Grundstücksanschlussleitungen und private Hausanschlussleitungen verstanden:		7. Anschlussleitungen: Unter Anschlussleitungen im Sinne dieser Satzung werden Grundstücksanschlussleitungen und private Hausanschlussleitungen verstanden:	
a) Grundstücksanschlussleitungen sind die Leitungen von der öffentlichen Abwasseranlage bis zur Grenze des jeweils anzuschließenden Grundstücks, bei Druckentwässerungsnetzen bis an den jeweiligen Pumpenschacht.		a) Grundstücksanschlussleitungen sind die Leitungen von der öffentlichen Abwasseranlage bis zur Grenze des jeweils anzuschließenden Grundstücks, bei Druckentwässerungsnetzen bis an den jeweiligen Pumpenschacht.	
b) Hausanschlussleitungen sind Leitungen von der privaten Grundstücksgrenze bis zum Hauptgebäude auf dem Grundstück, in dem Abwasser anfällt. Zu den Hausanschlussleitungen gehören auch die Grundleitungen auf dem Grundstück, auf dem Abwasser anfällt, sowie Schächte und ggf. Inspektionsöffnungen. Bei Druckentwässerungsnetzen ist die Druckstation (inklusive Druckpumpe) auf dem privaten Grundstück Bestandteil der privaten Hausanschlussleitung. Hausan-		b) Hausanschlussleitungen sind Leitungen von der privaten Grundstücksgrenze bis zum Hauptgebäude auf dem Grundstück, in dem Abwasser anfällt. Zu den Hausanschlussleitungen gehören auch die Grundleitungen auf dem Grundstück, auf dem Abwasser anfällt, sowie Schächte und ggf. Inspektionsöffnungen. Bei Druckentwässerungsnetzen ist die Druckstation (inklusive Druckpumpe) auf dem privaten Grundstück Bestandteil der privaten Hausanschlussleitung. Hausan-	

	schlussleitungen gehören nicht zur öffentlichen Abwasseranlage.		schlussleitungen gehören nicht zur öffentlichen Abwasseranlage.	
	c) Grundleitungen sind mit leichtem Gefälle weitgehend horizontal verlegte Abwasserleitungen auf den Grundstücken, die im Erdreich, unter einer Bodenplatte oder sonst wie unzugänglich verlegt sind.		c) Grundleitungen sind mit leichtem Gefälle weitgehend horizontal verlegte Abwasserleitungen auf den Grundstücken, die im Erdreich, unter einer Bodenplatte oder sonst wie unzugänglich verlegt sind.	
8.	<p>Haustechnische Abwasseranlagen: Haustechnische Abwasseranlagen sind die Einrichtungen innerhalb und an zu entwässernden Gebäuden, die der Sammlung, Vorbehandlung, Prüfung, Rückhaltung und Ableitung des Abwassers auf dem Grundstück dienen (z.B. Abwasserrohre im Gebäude, Dachrinnen, Hebeanlage). Sie gehören nicht zur öffentlichen Abwasseranlage.</p> <p>Haustechnische Anlagen und Hausanschlussleitungen werden auch als Grundstücksentwässerungseinrichtungen bezeichnet. Dazu gehören auch Bodenläufe von befestigten Flächen.</p>		<p>8. Haustechnische Abwasseranlagen: Haustechnische Abwasseranlagen sind die Einrichtungen innerhalb und an zu entwässernden Gebäuden, die der Sammlung, Vorbehandlung, Prüfung, Rückhaltung und Ableitung des Abwassers auf dem Grundstück dienen (z.B. Abwasserrohre im Gebäude, Dachrinnen, Hebeanlage). Sie gehören nicht zur öffentlichen Abwasseranlage.</p> <p>Haustechnische Anlagen und Hausanschlussleitungen werden auch als Grundstücksentwässerungseinrichtungen bezeichnet. Dazu gehören auch Bodenläufe von befestigten Flächen.</p>	
9.	<p>Druckentwässerungsnetz: Druckentwässerungsnetze sind zusammenhängende Leitungsnetze, in denen der Transport von Abwasser einer Mehrzahl von Grundstücken durch von Pumpen erzeugten Druck erfolgt. Die Druckpumpen und Pumpenschächte sind regelmäßig technisch notwendige Bestandteile des jeweiligen Gesamtnetzes, sie sind jedoch Bestandteil der Hausanschlussleitung, die nicht zur öffentlichen Abwasseranlage gehört.</p>		<p>9. Druckentwässerungsnetz: Druckentwässerungsnetze sind zusammenhängende Leitungsnetze, in denen der Transport von Abwasser einer Mehrzahl von Grundstücken durch von Pumpen erzeugten Druck erfolgt. Die Druckpumpen und Pumpenschächte sind regelmäßig technisch notwendige Bestandteile des jeweiligen Gesamtnetzes, sie sind jedoch Bestandteil der Hausanschlussleitung, die nicht zur öffentlichen Abwasseranlage gehört.</p>	
10.	<p>Abwasserbehandlungsanlage: Abwasserbehandlungsanlage ist eine technische Anlage, sie besteht aus verschiedenen Prozessabschnitten, in welcher Verunreinigungen und Schadstoffe aus dem Wasser entfernt werden. Dies ist z.B. ein Abscheider.</p>		<p>10. Abwasserbehandlungsanlage: Abwasserbehandlungsanlage ist eine technische Anlage, sie besteht aus verschiedenen Prozessabschnitten, in welcher Verunreinigungen und Schadstoffe aus dem Wasser entfernt werden. Dies ist z.B. ein Abscheider.</p>	
11.	<p>Anschlussnehmer: Anschlussnehmer ist der Eigentümer eines Grundstücks, das an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen ist. § 20 Absatz 1 gilt</p>		<p>11. Anschlussnehmer: Anschlussnehmer ist der Eigentümer eines Grundstücks, das an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen ist. § 20 Absatz 1 gilt</p>	

entsprechend.		entsprechend.	
12. Indirekteinleiter: Indirekteinleiter ist derjenige, der Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage einleitet oder sonst wie hineingelangen lässt. Genehmigungspflichtige Indirekteinleiter sind Gewerbe- oder Industriebetriebe oder vergleichbare Einrichtungen, die nach Branchenzugehörigkeiten im Anhang 2 bis 57 der Abwasserverordnung (AbwV) gelistet sind und eine Abwasserbehandlungsanlage benötigen. Satzungseinleiter sind Indirekteinleiter, deren Abwasserqualität erheblich vom häuslichen Abwasser abweicht und die einen Fettabscheider benötigen.		12. Indirekteinleiter: Indirekteinleiter ist derjenige, der Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage einleitet oder sonst wie hineingelangen lässt. Genehmigungspflichtige Indirekteinleiter sind Gewerbe- oder Industriebetriebe oder vergleichbare Einrichtungen, die nach Branchenzugehörigkeiten im Anhang 2 bis 57 der Abwasserverordnung (AbwV) gelistet sind und eine Abwasserbehandlungsanlage benötigen. Satzungseinleiter sind Indirekteinleiter, deren Abwasserqualität erheblich vom häuslichen Abwasser abweicht und die einen Fettabscheider benötigen.	
13. Grundstück: Grundstück ist unabhängig von der Eintragung im Grundbuch jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet. Befinden sich auf einem Grundstück mehrere bauliche Anlagen, so kann die TBR für jede dieser Anlagen die Anwendung der für Grundstücke maßgeblichen Vorschriften dieser Satzung verlangen.		13. Grundstück: Grundstück ist unabhängig von der Eintragung im Grundbuch jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet. Befinden sich auf einem Grundstück mehrere bauliche Anlagen, so kann die Stadt Rheine für jede dieser Anlagen die Anwendung der für Grundstücke maßgeblichen Vorschriften dieser Satzung verlangen.	
14. Freispiegelleitungen, Freigefällekanäle: Freispiegelleitungen bzw. Freigefällekanäle sind Leitungen, in denen das Abwasser im freien Gefälle abfließt.		14. Freispiegelleitungen, Freigefällekanäle: Freispiegelleitungen bzw. Freigefällekanäle sind Leitungen, in denen das Abwasser im freien Gefälle abfließt.	
§ 3 Anschlussrecht		§ 3 Anschlussrecht	
Jeder Eigentümer eines im Gebiet der Stadt Rheine liegenden Grundstücks ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung berechtigt, von der TBR den Anschluss seines Grundstücks an die bestehende öffentliche Abwasseranlage zu verlangen (Anschlussrecht).		Jeder Eigentümer eines im Gebiet der Stadt Rheine liegenden Grundstücks ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung berechtigt, von der Stadt Rheine den Anschluss seines Grundstücks an die bestehende öffentliche Abwasseranlage zu verlangen (Anschlussrecht).	
§ 4 Begrenzung des Anschlussrechts		§ 4 Begrenzung des Anschlussrechts	
(1) Das Anschlussrecht erstreckt sich nur auf solche Grundstücke, die an eine betriebsfertige und aufnahmefähige öffentliche Abwasseranlage angeschlossen werden können. Dazu muss die öffentliche Abwasserleitung in unmittelbarer Nähe des Grund-		(1) Das Anschlussrecht erstreckt sich nur auf solche Grundstücke, die an eine betriebsfertige und aufnahmefähige öffentliche Abwasseranlage angeschlossen werden können. Dazu muss die öffentliche Abwasserleitung in unmittelbarer Nähe des Grund-	

<p>stücks oder auf dem Grundstück verlaufen. Eine öffentliche Abwasserleitung verläuft auch dann in unmittelbarer Nähe des Grundstücks, wenn über einen öffentlichen Weg ein unmittelbarer Zugang zu einer Straße besteht, in welcher ein öffentlicher Kanal verlegt ist. Die TBR kann den Anschluss auch in anderen Fällen zulassen, wenn hierdurch das öffentliche Wohl nicht beeinträchtigt wird.</p>		<p>stücks oder auf dem Grundstück verlaufen. Eine öffentliche Abwasserleitung verläuft auch dann in unmittelbarer Nähe des Grundstücks, wenn über einen öffentlichen Weg ein unmittelbarer Zugang zu einer Straße besteht, in welcher ein öffentlicher Kanal verlegt ist. Die Stadt Rheine kann den Anschluss auch in anderen Fällen zulassen, wenn hierdurch das öffentliche Wohl nicht beeinträchtigt wird.</p>	
<p>(2) Die TBR kann den Anschluss versagen, wenn die Voraussetzungen des § 49 Abs. 5 Satz 1 LWG NRW zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf Antrag der TBR auf den privaten Grundstückseigentümer durch die untere Wasserbehörde erfüllt sind und die Festlegungen im Bebauungsplan erfüllt werden. Dieses gilt nicht, wenn sich der Grundstückseigentümer bereit erklärt, die mit dem Anschluss verbundenen Mehraufwendungen zu tragen.</p>	(<p>(2) Die Stadt Rheine kann den Anschluss versagen, wenn die Voraussetzungen des § 49 Abs. 5 Satz 1 LWG NRW zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf Antrag der Stadt Rheine auf den privaten Grundstückseigentümer durch die untere Wasserbehörde erfüllt sind und die Festlegungen im Bebauungsplan erfüllt werden. Dieses gilt nicht, wenn sich der Grundstückseigentümer bereit erklärt, die mit dem Anschluss verbundenen Mehraufwendungen zu tragen.</p>	
<p>(3) Der Anschluss ist ausgeschlossen, soweit die TBR von der Abwasserbeseitigungspflicht freigestellt und die Abwasserbeseitigungspflicht gemäß § 49 Abs. 6 LWG NRW durch die zuständige Behörde auf einen gewerblichen Betrieb oder einen Dritten übertragen worden ist.</p>		<p>(3) Der Anschluss ist ausgeschlossen, soweit die Stadt Rheine von der Abwasserbeseitigungspflicht freigestellt und die Abwasserbeseitigungspflicht gemäß § 49 Abs. 6 LWG NRW durch die zuständige Behörde auf einen gewerblichen Betrieb oder einen Dritten übertragen worden ist.</p>	
<p>§ 5 Anschlussrecht für Niederschlagswasser</p>		<p>§ 5 Anschlussrecht für Niederschlagswasser</p>	
<p>(1) Das Anschlussrecht erstreckt sich grundsätzlich auch auf das Niederschlagswasser.</p>		<p>(1) Das Anschlussrecht erstreckt sich grundsätzlich auch auf das Niederschlagswasser.</p>	
<p>(2) Dieses gilt jedoch nicht für Niederschlagswasser von Grundstücken, bei denen die Pflicht zur Beseitigung des Niederschlagswassers gemäß § 49 Abs. 4 LWG NRW dem Eigentümer des Grundstücks obliegt oder anderweitig (z.B. § 49 Abs. 3 LWG NRW) einem Dritten zugewiesen ist.</p>		<p>(2) Dieses gilt jedoch nicht für Niederschlagswasser von Grundstücken, bei denen die Pflicht zur Beseitigung des Niederschlagswassers gemäß § 49 Abs. 4 LWG NRW dem Eigentümer des Grundstücks obliegt oder anderweitig (z.B. § 49 Abs. 3 LWG NRW) einem Dritten zugewiesen ist.</p>	
<p>§ 6 Benutzungsrecht</p> <p>Nach der betriebsfertigen Herstellung der Anschlussleitung hat der Anschlussnehmer vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung und unter Beachtung der technischen</p>		<p>§ 6 Benutzungsrecht</p> <p>Nach der betriebsfertigen Herstellung der Anschlussleitung hat der Anschlussnehmer vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung und unter Beachtung der technischen</p>	

Bestimmungen für den Bau und den Betrieb der haustechnischen Abwasseranlagen das Recht, das auf seinem Grundstück anfallende Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage einzuleiten (Benutzungsrecht).		Bestimmungen für den Bau und den Betrieb der haustechnischen Abwasseranlagen das Recht, das auf seinem Grundstück anfallende Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage einzuleiten (Benutzungsrecht).	
§ 7 Begrenzung des Benutzungsrechts		§ 7 Begrenzung des Benutzungsrechts	
(1) In die öffentliche Abwasseranlage dürfen solche Stoffe und Abwässer nicht eingeleitet werden, die aufgrund ihrer Inhaltsstoffe		(1) In die öffentliche Abwasseranlage dürfen solche Stoffe und Abwässer nicht eingeleitet werden, die aufgrund ihrer Inhaltsstoffe	
1. die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährden oder		1. die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährden oder	
2. das in der öffentlichen Abwasseranlage beschäftigte Personal gefährden oder gesundheitlich beeinträchtigen oder		2. das in der öffentlichen Abwasseranlage beschäftigte Personal gefährden oder gesundheitlich beeinträchtigen oder	
3. die Abwasseranlage in ihrem Bestand angreifen oder ihre Funktionsfähigkeit oder Unterhaltung gefährden, erschweren oder behindern oder		3. die Abwasseranlage in ihrem Bestand angreifen oder ihre Funktionsfähigkeit oder Unterhaltung gefährden, erschweren oder behindern oder	
4. den Betrieb der Abwasserbehandlung erheblich erschweren oder verteuern oder		4. den Betrieb der Abwasserbehandlung erheblich erschweren oder verteuern oder	
5. die Klärschlammbehandlung,-beseitigung oder -verwertung beeinträchtigen oder verteuern oder		5. die Klärschlammbehandlung,-beseitigung oder -verwertung beeinträchtigen oder verteuern oder	
6. die Abwasserreinigungsprozesse in der Abwasserbehandlungsanlage so erheblich stören, dass dadurch die Anforderungen der wasserrechtlichen Einleitungserlaubnis nicht eingehalten werden können.		6. die Abwasserreinigungsprozesse in der Abwasserbehandlungsanlage so erheblich stören, dass dadurch die Anforderungen der wasserrechtlichen Einleitungserlaubnis nicht eingehalten werden können.	
(2) In die öffentliche Abwasseranlage dürfen insbesondere nicht eingeleitet werden:		(2) In die öffentliche Abwasseranlage dürfen insbesondere nicht eingeleitet werden:	
1. feste Stoffe, auch in zerkleinertem Zustand, die zu Ablagerungen oder Verstopfungen in der Kanalisation führen können, wie z.B. Schutt, Sand, Schlamm, Asche und Küchenabfälle, Kehricht, Dung, Abfälle aus Obst und Gemüse verarbeitenden Betrieben;		1. feste Stoffe, auch in zerkleinertem Zustand, die zu Ablagerungen oder Verstopfungen in der Kanalisation führen können, wie z.B. Schutt, Sand, Schlamm, Asche und Küchenabfälle, Kehricht, Dung, Abfälle aus Obst und Gemüse verarbeitenden Betrieben;	
2. Schlämme aus Neutralisations-, Entgiftungs-		2. Schlämme aus Neutralisations-, Entgiftungs-	

	und sonstigen privaten Behandlungsanlagen;		und sonstigen privaten Behandlungsanlagen;
3.	Abwässer und Schlämme aus Anlagen zur örtlichen Abwasserbeseitigung, insbesondere aus Kleinkläranlagen, abflusslosen Gruben, Sickerschächten, Schlammfängen und gewerblichen Sammelbehältern, soweit sie nicht in eine für diesen Zweck vorgesehene öffentliche Einleitungsstelle eingeleitet werden;		3. Abwässer und Schlämme aus Anlagen zur örtlichen Abwasserbeseitigung, insbesondere aus Kleinkläranlagen, abflusslosen Gruben, Sickerschächten, Schlammfängen und gewerblichen Sammelbehältern, soweit sie nicht in eine für diesen Zweck vorgesehene öffentliche Einleitungsstelle eingeleitet werden;
4.	flüssige Stoffe, die im Kanalnetz erhärten können, sowie Stoffe, die nach Übersättigung im Abwasser in der Kanalisation ausgeschieden werden und zu Abflussbehinderungen führen können;		4. flüssige Stoffe, die im Kanalnetz erhärten können, sowie Stoffe, die nach Übersättigung im Abwasser in der Kanalisation ausgeschieden werden und zu Abflussbehinderungen führen können;
5.	nicht neutralisierte Kondensate aus erd- und flüssiggasbetriebenen Brennwertanlagen mit einer Nennwärmeleistung von mehr als 100 KW sowie nicht neutralisierte Kondensate aus sonstigen Brennwertanlagen:		5. nicht neutralisierte Kondensate aus erd- und flüssiggasbetriebenen Brennwertanlagen mit einer Nennwärmeleistung von mehr als 100 KW sowie nicht neutralisierte Kondensate aus sonstigen Brennwertanlagen:
6.	radioaktives Abwasser;		6. radioaktives Abwasser;
7.	Inhalte von Chemietoiletten;		7. Inhalte von Chemietoiletten;
8.	nicht desinfiziertes Abwasser aus Infektionsabteilungen von Krankenhäusern und medizinischen Instituten;		8. nicht desinfiziertes Abwasser aus Infektionsabteilungen von Krankenhäusern und medizinischen Instituten;
9.	flüssige Stoffe aus der Tierhaltung wie Gülle und Jauche;		9. flüssige Stoffe aus der Tierhaltung wie Gülle und Jauche;
10.	Blut aus Schlachtungen;		10. Blut aus Schlachtungen;
11.	Molke;		11. Molke;
12.	Silagewasser;		12. Silagewasser;
13.	Kühlwasser;		13. Kühlwasser;
14.	Grund- und Quellwasser: Dieser Ausschluss von der Einleitung gilt für das Grundwasser nicht, wenn eine Grundwassersanierung die Ableitung des Grundwassers ins Kanalnetz erfordert. Die TBR ist von einer Grundwassersanierung vorab zu informieren und behält sich vor, die Einleitung im Einzelfall zu untersagen. In Trennsystemgebieten darf diese Einleitung des		14. Grund- und Quellwasser: Dieser Ausschluss von der Einleitung gilt für das Grundwasser nicht, wenn eine Grundwassersanierung die Ableitung des Grundwassers ins Kanalnetz erfordert. Die Stadt Rheine ist von einer Grundwassersanierung vorab zu informieren und behält sich vor, die Einleitung im Einzelfall zu untersagen. In Trennsystemgebieten darf diese Einleitung des

	Grundwassers nur in den Regenwasserkanal erfolgen;		Grundwassers nur in den Regenwasserkanal erfolgen;	
	15. Drainagewasser: Dieser Ausschluss von der Einleitung gilt für das Drainagewasser nicht bei Grundwasserabsenkungen während der Bauzeit. Als Bauzeit kann hier nur die Zeit der Erstellung des Kellergeschosses gelten. Die TBR behält sich vor, eine Drainagewasser-Einleitung über die Zeit für die Erstellung des Kellergeschosses hinaus bei Vorliegen unzumutbarer Härte im Einzelfall und jederzeit widerruflich zu genehmigen. In Trennsystemgebieten darf diese Einleitung des Drainagewassers nur in den Regenwasserkanal erfolgen;		15. Drainagewasser: Dieser Ausschluss von der Einleitung gilt für das Drainagewasser nicht bei Grundwasserabsenkungen während der Bauzeit. Als Bauzeit kann hier nur die Zeit der Erstellung des Kellergeschosses gelten. Die Stadt Rheine behält sich vor, eine Drainagewasser-Einleitung über die Zeit für die Erstellung des Kellergeschosses hinaus bei Vorliegen unzumutbarer Härte im Einzelfall und jederzeit widerruflich zu genehmigen. In Trennsystemgebieten darf diese Einleitung des Drainagewassers nur in den Regenwasserkanal erfolgen;	
	16. gasförmige Stoffe und Abwasser, das Gase in schädlichen Konzentrationen freisetzen kann;		16. gasförmige Stoffe und Abwasser, das Gase in schädlichen Konzentrationen freisetzen kann;	
	17. feuergefährliche und explosionsfähige Stoffe sowie Abwasser, aus dem explosionsfähige Gas-Luft-Gemische entstehen können;		17. feuergefährliche und explosionsfähige Stoffe sowie Abwasser, aus dem explosionsfähige Gas-Luft-Gemische entstehen können;	
	18. Emulsionen von Mineralölprodukten;		18. Emulsionen von Mineralölprodukten;	
	19. Medikamente und pharmazeutische Produkte.		19. Medikamente und pharmazeutische Produkte.	
(3)	Abwasser darf nur eingeleitet werden, wenn folgende Grenzwerte an der Übergabestelle zur öffentlichen Abwasseranlage nicht überschritten sind:		(3) Abwasser darf nur eingeleitet werden, wenn folgende Grenzwerte an der Übergabestelle zur öffentlichen Abwasseranlage nicht überschritten sind:	
1.	Allgemeine Parameter		1. Allgemeine Parameter	
	a) Temperatur 35°C		a) Temperatur 35°C	
	b) pH-Wert (einschließlich der Grenzen) 6,5 - 10,0		b) pH-Wert (einschließlich der Grenzen) 6,5 - 10,0	
	c) absetzbare Stoffe nicht begrenzt; aber zur Vermeidung von Schlammablagerungen in der Kanalisation kann eine Begrenzung erfolgen im Bereich 1 - 10 ml/l nach 0,5 Stunden Absetzzeit		c) absetzbare Stoffe nicht begrenzt; aber zur Vermeidung von Schlammablagerungen in der Kanalisation kann eine Begrenzung erfolgen im Bereich 1 - 10 ml/l nach 0,5 Stunden Absetzzeit	
	d) absetzbare Stoffe bis 7 % des Rohrquerschnitts		d) absetzbare Stoffe bis 7 % des Rohrquerschnitts	
2.	Schwerflüchtige lipophile Stoffe (u.a. verseifbare		2. Schwerflüchtige lipophile Stoffe (u.a. verseifbare	

Öle, Fette und Fettsäuren)		Öle, Fette und Fettsäuren)	
e) direkt abcheidbar 100 mg/l		a) direkt abcheidbar 100 mg/l	
3. Kohlenwasserstoffe		3. Kohlenwasserstoffe	
f) Kohlenwasserstoff-Index 20 mg/l		a) Kohlenwasserstoff-Index 20 mg/l	
4. Halogenierte organische Verbindungen		4. Halogenierte organische Verbindungen	
g) Adsorbierbare organische Halogenverbindungen (AOX) 1 mg/l		a) Adsorbierbare organische Halogenverbindungen (AOX) 1 mg/l	
h) Leichtflüchtige halogenierte Kohlenwasserstoffe (LHKW) als Summe aus Dichlorethan, 1,1,1-Trichlorethan, Trichlorethen, Tetrachlorethen gerechnet als Chlor [Cl] 0,5 mg/l		b) Leichtflüchtige halogenierte Kohlenwasserstoffe (LHKW) als Summe aus Dichlorethan, 1,1,1-Trichlorethan, Trichlorethen, Tetrachlorethen gerechnet als Chlor [Cl] 0,5 mg/l	
5. Organische halogenfreie Lösungsmittel mit Wasser ganz oder teilweise mischbar und biologisch abbaubar; spezielle Festlegung möglich, aber Richtwert nicht höher als die Löslichkeit oder maximal 5 g/l		5. Organische halogenfreie Lösungsmittel mit Wasser ganz oder teilweise mischbar und biologisch abbaubar; spezielle Festlegung möglich, aber Richtwert nicht höher als die Löslichkeit oder maximal 5 g/l	
6. Anorganische Stoffe (gelöst und ungelöst)		6. Anorganische Stoffe (gelöst und ungelöst)	
[Ag] Silber 1 mg/l [Hg] Quecksilber 0,1 mg/l		[Ag] Silber 1 mg/l [Hg] Quecksilber 0,1 mg/l	
[As] Arsen 0,5 mg/l [Ni] Nickel 1 mg/l		[As] Arsen 0,5 mg/l [Ni] Nickel 1 mg/l	
[Ba] Barium 5 mg/l [Pb] Blei 1 mg/l		[Ba] Barium 5 mg/l [Pb] Blei 1 mg/l	
[Cd] Cadmium 0,5 mg/l [Sb] Antimon 0,5 mg/l		[Cd] Cadmium 0,5 mg/l [Sb] Antimon 0,5 mg/l	
[Co] Kobalt 2 mg/l [Se] Selen 5 mg/l		[Co] Kobalt 2 mg/l [Se] Selen 5 mg/l	
[Cr] Chrom, gesamt 1 mg/l [Sn] Zinn 5 mg/l		[Cr] Chrom, gesamt 1 mg/l [Sn] Zinn 5 mg/l	
[CrVI] Chrom-VI 0,2 mg/l [Zn] Zink 5 mg/l		[CrVI] Chrom-VI 0,2 mg/l [Zn] Zink 5 mg/l	
[Cu] Kupfer 1 mg/l		[Cu] Kupfer 1 mg/l	
[Al] Aluminium keine Begrenzung, soweit keine Schwierigkeiten bei der Abwasserableitung und -reinigung auftreten		[Al] Aluminium keine Begrenzung, soweit keine Schwierigkeiten bei der Abwasserableitung und -reinigung auftreten	
(Hydroxid-Schlämme) (siehe auch § 7 Abs. 3 Satz 1 c) dieser Satzung		[Hydroxid-Schlämme] siehe auch § 7 Abs. 3 Satz 1 c) dieser Satzung	
7. Anorganische Stoffe (gelöst)		7. Anorganische Stoffe (gelöst)	
a) Stickstoff aus Ammonium und Ammoniak für Anlagen [NH ₄ -N + NH ₃ -N] < 100 mg/l		a) Stickstoff aus Ammonium und Ammoniak für Anlagen [NH ₄ -N + NH ₃ -N] < 100 mg/l	
b) Stickstoff aus Nitrit [NO ₂ -N] 10 mg/l (nur bei		b) Stickstoff aus Nitrit [NO ₂ -N] 10 mg/l (nur bei	

größerer Fracht)		größerer Fracht)	
c) Cyanid, gesamt [CN] 20 mg/l		c) Cyanid, gesamt [CN] 20 mg/l	
d) Cyanid, leicht freisetzbar [CN] 1 mg/l		d) Cyanid, leicht freisetzbar [CN] 1 mg/l	
e) Sulfat [504] 600 mg/l		e) Sulfat [504] 600 mg/l	
f) Sulfid [S] 2 mg/l		f) Sulfid [S] 2 mg/l	
g) Fluorid [F] 50 mg/l		g) Fluorid [F] 50 mg/l	
h) Phosphatverbindungen [P] 50 mg/l		h) Phosphatverbindungen [P] 50 mg/l	
	8. Organische Stoffe	8. Organische Stoffe	Umgruppierung
	a) Wasserdampflichtige halogenfreie Phenole als [C6H5OH] 100 mg/l	a) Wasserdampflichtige halogenfreie Phenole als [C6H5OH] 100 mg/l	
	b) Farbstoffe dürfen den Kläranlagenzulauf nicht färben.	b) Farbstoffe dürfen den Kläranlagenzulauf nicht färben.	
i) Mindestanforderungen an die Einleitstelle: Die nachstehenden Einleitgrenzwerte gelten für genehmigungspflichtige Indirekteinleiter und für Satzungseinleiter. Bei Überschreitung der nachstehenden Mindestanforderung dürfen diese Einleiter, unabhängig von Ihrer Genehmigung, nicht mehr in die öffentliche Kanalisation einleiten. Die TBR legte erforderliche Prüfintervalle zur Einhaltung der Abwasserqualität fest.	9. Mindestanforderungen an die Einleitstelle: Die nachstehenden Einleitgrenzwerte gelten für genehmigungspflichtige Indirekteinleiter und für Satzungseinleiter. Bei Überschreitung der nachstehenden Mindestanforderung dürfen diese Einleiter, unabhängig von Ihrer Genehmigung, nicht mehr in die öffentliche Kanalisation einleiten. Die TBR legte erforderliche Prüfintervalle zur Einhaltung der Abwasserqualität fest.	9. Mindestanforderungen an die Einleitstelle: Die nachstehenden Einleitgrenzwerte gelten für genehmigungspflichtige Indirekteinleiter und für Satzungseinleiter. Bei Überschreitung der nachstehenden Mindestanforderung dürfen diese Einleiter, unabhängig von Ihrer Genehmigung, nicht mehr in die öffentliche Kanalisation einleiten. Die Stadt Rheine legt erforderliche Prüfintervalle zur Einhaltung der Abwasserqualität fest.	
1. Abwasser muss ein CSB-zu-BSB5 Verhältnis von < 2 aufweisen.		1. Abwasser muss ein CSB-zu-BSB5 Verhältnis von < 2 aufweisen.	
2. Die Abwasserfracht muss bei mehr als 100 kg CSB pro Tag, im Zahn-Wellens-Test einen Mindesteliminationsgrad von insgesamt 90 % und mindestens bei einer Aufenthaltsdauer von 24 Stunden 75% erreichen.		2. Die Abwasserfracht muss bei mehr als 100 kg CSB pro Tag, im Zahn-Wellens-Test einen Mindesteliminationsgrad von insgesamt 90 % und mindestens bei einer Aufenthaltsdauer von 24 Stunden 75% erreichen.	
3. Abwasser mit einer Einleitungsmenge von mehr als 100 m ³ am Tag, darf nach einem Nitrifikationstest der ISO 9509, keine Hemmwirkung auf die Nitrifikationsstufen der Kläranlage bewirken.		3. Abwasser mit einer Einleitungsmenge von mehr als 100 m ³ am Tag, darf nach einem Nitrifikationstest der ISO 9509, keine Hemmwirkung auf die Nitrifikationsstufen der Kläranlage bewirken.	

4.	Abwasser darf keine sog. Komplexbildner besitzen.		4.	Abwasser darf keine sog. Komplexbildner besitzen.	
5.	Der Anteil an schwerflüchtigen lipophilen Stoffen (u.a. verseifbare Öle, Fette und Fettsäuren) am Abwasser darf:		5.	Der Anteil an schwerflüchtigen lipophilen Stoffen (u.a. verseifbare Öle, Fette und Fettsäuren) am Abwasser darf:	
5.1)	nach einer Abwasserbehandlungsanlage nicht größer als 200 mg/l,		5.1)	nach einer Abwasserbehandlungsanlage nicht größer als 200 mg/l,	
5.2)	nach einem Fettabscheider nicht größer als 200 mg/l sein.		5.2)	nach einem Fettabscheider nicht größer als 200 mg/l sein.	
6.	Abwasser darf keine visuelle Verfärbung vor Kläranlagenablauf in den Vorfluter aufweisen.		6.	Abwasser darf keine visuelle Verfärbung vor Einlauf in die Kläranlage aufweisen.	
7.	Grundstückseigentümer, bzw. Betreiber einer Abwasseranlage müssen geeignete Maßnahmen sicherstellen, sodass eine Gefährdung des öffentlichen Kanalbetriebs, des Betriebspersonals und der Bausubstanz der öffentlichen Abwasseranlage ausgeschlossen ist. Insbesondere sind hierfür entsprechende Schutzmaßnahmen (z.B. für sensible Stoffe für die Atemwege, Hautkontakt, Lüftung; EX-Schutz etc.) nachzuweisen. Hilfestellungen können die Technischen Regeln für Betriebssicherheit- (z.B. TRBS, TRGS etc.) bieten.		7.	Grundstückseigentümer, bzw. Betreiber einer Abwasseranlage müssen geeignete Maßnahmen sicherstellen, sodass eine Gefährdung des öffentlichen Kanalbetriebs, des Betriebspersonals und der Bausubstanz der öffentlichen Abwasseranlage ausgeschlossen ist. Insbesondere sind hierfür entsprechende Schutzmaßnahmen (z.B. für sensible Stoffe für die Atemwege, Hautkontakt, Lüftung; EX-Schutz etc.) nachzuweisen. Hilfestellungen können die Technischen Regeln für Betriebssicherheit- (z.B. TRBS, TRGS etc.) bieten.	
8.	Organische Stoffe				Umgruppierung
a)	Wasserdampfflüchtige halogenfreie Phenole als [C ₆ H ₅ OH] 100 mg/l				Umgruppierung
b)	Farbstoffe, der Kläranlagenablauf darf den Vorfluter visuell nicht färben! Soweit	b)	Farbstoffe, der Kläranlagenablauf darf den Vorfluter visuell nicht färben. Soweit nicht anders festgelegt, ist für die Einhaltung der Grenzwerte		Umgruppierung

	nicht anders festgelegt, ist für die Einhaltung der Grenzwerte die homogenisierte Probe maßgebend. Eine Verdünnung oder Vermischung des Abwassers mit dem Ziel, diese Grenzwerte einzuhalten, darf nicht erfolgen. Grenzwerte in Erlaubnissen oder Genehmigungen der Wasserbehörde gelten vorrangig.	die homogenisierte Probe maßgebend. Eine Verdünnung oder Vermischung des Abwassers mit dem Ziel, diese Grenzwerte einzuhalten, darf nicht erfolgen. Grenzwerte in Erlaubnissen oder Genehmigungen der Wasserbehörde gelten vorrangig.		
(4)	Zudem gilt für gewerbliche und industrielle Abwasser die Parameter der Abwasserverordnung -AbwV-Anlage 1 und der Anhang 2 bis 57.	(4) Zudem gelten für gewerbliche und industrielle Abwasser die Parameter der Abwasserverordnung - AbwV-Anlage 1 und der Anhang 2 bis 57.	(4) Zudem gelten für gewerbliche und industrielle Abwasser die Parameter der Abwasserverordnung - AbwV-Anlage 1 und der Anhang 2 bis 57.	
		(5) Soweit nicht anders festgelegt, ist für die Einhaltung der Grenzwerte die homogenisierte Probe maßgebend. Eine Verdünnung oder Vermischung des Abwassers mit dem Ziel, die Grenzwerte einzuhalten, darf nicht erfolgen. Grenzwerte in Erlaubnissen oder Genehmigungen der Wasserbehörde gelten vorrangig.	(5) Soweit nicht anders festgelegt, ist für die Einhaltung der Grenzwerte die homogenisierte Probe maßgebend. Eine Verdünnung oder Vermischung des Abwassers mit dem Ziel, die Grenzwerte einzuhalten, darf nicht erfolgen. Grenzwerte in Erlaubnissen oder Genehmigungen der Wasserbehörde gelten vorrangig.	Umgruppierung
(5)	Eine Einleitung von Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage auf anderen Wegen als über die Anschlussleitung eines Grundstückes darf nur mit Einwilligung der TBR erfolgen. Niederschlagswasser, das auf befestigten Hauseingangs- und Garagenvorflächen nicht gewerblich oder industriell genutzter Grundstücke bis zu einer Größe von 100 qm anfällt, kann ohne Einwilligung der TBR oberirdisch auf die öffentliche Straße abgeleitet werden, wenn eine Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung nicht zu besorgen ist.		(6) Eine Einleitung von Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage auf anderen Wegen als über die Anschlussleitung eines Grundstückes darf nur mit Einwilligung der Stadt Rheine erfolgen. Niederschlagswasser, das auf befestigten Hauseingangs- und Garagenvorflächen nicht gewerblich oder industriell genutzter Grundstücke bis zu einer Größe von 100 qm anfällt, kann ohne Einwilligung der Stadt Rheine oberirdisch auf die öffentliche Straße abgeleitet werden, wenn eine Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung nicht zu besorgen ist.	
(6)	Die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage ist ausgeschlossen, soweit die TBR von der Abwasserbeseitigungspflicht befreit ist.		(7) Die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage ist ausgeschlossen, soweit die Stadt Rheine von der Abwasserbeseitigungspflicht befreit ist.	
(7)	Die TBR kann auf Antrag befristete, jederzeit wider-		(8) Die Stadt Rheine kann auf Antrag befristete, jeder-	

	<p>rufliche Befreiungen von den Anforderungen der Absätze 2 bis 6 erteilen, wenn sich andernfalls eine nicht beabsichtigte Härte für den Verpflichteten ergäbe und Gründe des öffentlichen Wohls der Befreiung nicht entgegenstehen. Der Indirekteinleiter hat seinem Antrag die von der TBR verlangten Nachweise beizufügen.</p>		<p>zeit widerrufliche Befreiungen von den Anforderungen der Absätze 2 bis 6 erteilen, wenn sich andernfalls eine nicht beabsichtigte Härte für den Verpflichteten ergäbe und Gründe des öffentlichen Wohls der Befreiung nicht entgegenstehen. Der Indirekteinleiter hat seinem Antrag die von der Stadt Rheine verlangten Nachweise beizufügen.</p>	
(8)	<p>Ein Anspruch auf die Einleitung von Stoffen, die kein Abwasser sind, in die öffentliche Abwasseranlage besteht nicht. Das gilt auch für den Fall, dass die zuständige Behörde im Fall des § 55 Abs. 3 WHG die Einleitung gemäß § 58 Abs. 1 LWG NRW genehmigt.</p>		(9)	<p>Ein Anspruch auf die Einleitung von Stoffen, die kein Abwasser sind, in die öffentliche Abwasseranlage besteht nicht. Das gilt auch für den Fall, dass die zuständige Behörde im Fall des § 55 Abs. 3 WHG die Einleitung gemäß § 58 Abs. 1 LWG NRW genehmigt.</p>
(9)	<p>Die TBR kann die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um</p>		(10)	<p>Die Stadt Rheine kann die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um</p>
	<p>1. das Einleiten oder Einbringen von Abwasser oder Stoffen zu verhindern, das unter Verletzung der Absätze 1 und 2 erfolgt;</p>			<p>1. das Einleiten oder Einbringen von Abwasser oder Stoffen zu verhindern, das unter Verletzung der Absätze 1 und 2 erfolgt;</p>
	<p>2. das Einleiten von Abwasser zu verhindern, dass die Grenzwerte nach Absatz 3 nicht einhält.</p>			<p>2. das Einleiten von Abwasser zu verhindern, dass die Grenzwerte nach Absatz 3 nicht einhält.</p>
(10)	<p>Wer unter Nichtbeachtung der Einleitungsbedingungen dieser Vorschrift eine Erhöhung der Abwasserabgabe (§ 4 Abs. 4 AbwAG) verursacht, hat der TBR den erhöhten Betrag der Abgabe zu erstatten. Haben mehrere die Erhöhung verursacht, so haften sie als Gesamtschuldner.</p>	((11)	<p>Wer unter Nichtbeachtung der Einleitungsbedingungen dieser Vorschrift eine Erhöhung der Abwasserabgabe (§ 4 Abs. 4 AbwAG) verursacht, hat der Stadt Rheine den erhöhten Betrag der Abgabe zu erstatten. Haben mehrere die Erhöhung verursacht, so haften sie als Gesamtschuldner.</p>
(11)	<p>Es ist nicht gestattet, unbefugt Arbeiten an der öffentlichen Abwasseranlage vorzunehmen, Schachtabdeckungen oder Einlaufroste zu öffnen, Schieber zu bedienen oder in einen Bestandteil der öffentlichen Abwasseranlage, etwa einen Abwasserkanal, einzusteigen.</p>		(12)	<p>Es ist nicht gestattet, unbefugt Arbeiten an der öffentlichen Abwasseranlage vorzunehmen, Schachtabdeckungen oder Einlaufroste zu öffnen, Schieber zu bedienen oder in einen Bestandteil der öffentlichen Abwasseranlage, etwa einen Abwasserkanal, einzusteigen.</p>
§ 8	Abscheideanlagen		§ 8	Abscheideanlagen
(1)	<p>Betriebe, in denen Leichtflüssigkeiten wie Benzin, Benzol, Diesel- Heiz- oder Schmieröl sowie Fett, Pflanzenöl oder Stärke ins Abwasser gelangen kön-</p>	.	(1)	<p>Betriebe, in denen Leichtflüssigkeiten wie Benzin, Benzol, Diesel- Heiz- oder Schmieröl sowie Fett, Pflanzenöl oder Stärke ins Abwasser gelangen kön-</p>

<p>nen, haben vor der Einleitung in die öffentliche Abwasseranlage eine geeignete Abwasserbehandlungsanlage zu betreiben und das Abwasser dort zu behandeln. Die Abscheider sind so zu bemessen, zu planen, zu bauen und/oder zu betreiben, dass das in die öffentliche Kanalisation eingeleitete Abwasser am Übergabeschacht die Einleitgrenzen, gem. § 7 dieser Satzung einhält. Für fetthaltiges oder stärkehaltiges häusliches Abwasser besteht diese Pflicht zum Betreiben eines Abscheiders jedoch nur, wenn die TBR im Einzelfall verlangt, dass auch dieses Abwasser in entsprechende Abscheider einzuleiten und dort zu behandeln ist.</p>		<p>nen, haben vor der Einleitung in die öffentliche Abwasseranlage eine geeignete Abwasserbehandlungsanlage zu betreiben und das Abwasser dort zu behandeln. Die Abscheider sind so zu bemessen, zu planen, zu bauen und/oder zu betreiben, dass das in die öffentliche Kanalisation eingeleitete Abwasser am Übergabeschacht die Einleitgrenzen gem. § 7 dieser Satzung einhält. Für fetthaltiges oder stärkehaltiges häusliches Abwasser besteht diese Pflicht zum Betreiben eines Abscheiders jedoch nur, wenn die Stadt Rheine im Einzelfall verlangt, dass auch dieses Abwasser in entsprechende Abscheider einzuleiten und dort zu behandeln ist.</p>	
<p>(2) Sind die befestigten Flächen, von denen Benzin, Benzol, Diesel, Öl, Fett oder Stärke ins Abwasser gelangen können, nicht überdacht, so sind diese Flächen durch Wasserscheiden oder durch eine Gefälleausbildung zu begrenzen. Die so begrenzten Flächen müssen über Abscheider entwässern und sind an den Schmutz- bzw. Mischwasserkanal anzuschließen.</p>		<p>(2) Sind die befestigten Flächen, von denen Benzin, Benzol, Diesel, Öl, Fett oder Stärke ins Abwasser gelangen können, nicht überdacht, so sind diese Flächen durch Wasserscheiden oder durch eine Gefälleausbildung zu begrenzen. Die so begrenzten Flächen müssen über Abscheider entwässern und sind an den Schmutz- bzw. Mischwasserkanal anzuschließen.</p>	
<p>(3) Die Entleerung von Abscheidern muss in regelmäßigen Abständen und bei Bedarf erfolgen. Das Abscheidegut oder die Stoffe, die bei der Vorbehandlung anfallen, sind in Übereinstimmung mit den abfallrechtlichen Vorschriften zu entsorgen und dürfen der öffentlichen Abwasseranlage nicht zugeführt werden. Die Entsorgungsnachweise sind auf Verlangen der Technischen Betriebe Rheine AÖR (TBR) innerhalb von drei Werktagen vorzulegen. Die TBR ist berechtigt, den Inhalt des Abscheiders (Abscheidegut) zu entsorgen, wenn die Voraussetzungen für eine Entleerung vorliegen, der Grundstückseigentümer diese Entleerung unterlässt und zudem Gefahren für den Betrieb des öffentlichen Abwassernetzes bestehen.</p>		<p>(3) Die Entleerung von Abscheidern muss in regelmäßigen Abständen und bei Bedarf erfolgen. Das Abscheidegut oder die Stoffe, die bei der Vorbehandlung anfallen, sind in Übereinstimmung mit den abfallrechtlichen Vorschriften zu entsorgen und dürfen der öffentlichen Abwasseranlage nicht zugeführt werden. Die Entsorgungsnachweise sind auf Verlangen der Stadt Rheine innerhalb von drei Werktagen vorzulegen. Die Stadt Rheine ist berechtigt, den Inhalt des Abscheiders (Abscheidegut) zu entsorgen, wenn die Voraussetzungen für eine Entleerung vorliegen, der Grundstückseigentümer diese Entleerung unterlässt und zudem Gefahren für den Betrieb des öffentlichen Abwassernetzes bestehen.</p>	
<p>(4) Für die Einleitung von Niederschlagswasser kann von der TBR eine Vorbehandlung (Vorreinigung) auf dem Grundstück des Anschlussnehmers in einer von</p>		<p>(4) Für die Einleitung von Niederschlagswasser kann von der Stadt Rheine eine Vorbehandlung (Vorreinigung) auf dem Grundstück des Anschlussnehmers in</p>	

<p>ihm zu errichtenden und zu betreibenden Abscheide- oder sonstigen Vorbehandlungsanlage angeordnet werden, wenn der Verschmutzungsgrad des Niederschlagswassers für die Gemeinde eine Pflicht zur Vorbehandlung nach dem sog. Trenn-Erlass vom 26.05.2004 (MinBl. NRW 2004, S. 583 ff.) auslöst. Die vorstehende Vorbehandlungspflicht gilt insbesondere für Straßenbaulastträger, die das Straßenoberflächenwasser in die öffentliche Abwasseranlage einleiten.</p>		<p>einer von ihm zu errichtenden und zu betreibenden Abscheide- oder sonstigen Vorbehandlungsanlage angeordnet werden, wenn der Verschmutzungsgrad des Niederschlagswassers für die Stadt Rheine eine Pflicht zur Vorbehandlung nach dem sog. Trenn-Erlass vom 26.05.2004 (MinBl. NRW 2004, S. 583 ff.) auslöst. Die vorstehende Vorbehandlungspflicht gilt insbesondere für Straßenbaulastträger, die das Straßenoberflächenwasser in die öffentliche Abwasseranlage einleiten.</p>	
<p>(5) Die Abscheider- und sonstigen Vorbehandlungsanlagen und deren Betrieb müssen den einschlägigen technischen und rechtlichen Anforderungen sowie den Anforderungen des § 14 dieser Satzung an das Zustimmungs- und Abnahmeverfahren der TBR entsprechen. Die TBR kann darüber hinausgehende Anforderungen an den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung der Abscheider stellen, sofern dies im Einzelfall zum Schutz der öffentlichen Abwasseranlage erforderlich ist.</p>		<p>(5) Die Abscheider- und sonstigen Vorbehandlungsanlagen und deren Betrieb müssen den einschlägigen technischen und rechtlichen Anforderungen sowie den Anforderungen des § 14 dieser Satzung an das Zustimmungs- und Abnahmeverfahren der Stadt Rheine entsprechen. Die Stadt Rheine kann darüber hinausgehende Anforderungen an den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung der Abscheider stellen, sofern dies im Einzelfall zum Schutz der öffentlichen Abwasseranlage erforderlich ist.</p>	
<p>§ 9 Anschluss- und Benutzungszwang</p>		<p>§ 9 Anschluss- und Benutzungszwang</p>	
<p>(1) Jeder Anschlussberechtigte ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung verpflichtet, sein Grundstück in Erfüllung der Abwasserüberlassungspflicht nach § 48 LWG NRW an die öffentliche Abwasseranlage anzuschließen, sobald Abwasser auf dem Grundstück anfällt (Anschlusszwang).</p>		<p>(1) Jeder Anschlussberechtigte ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung verpflichtet, sein Grundstück in Erfüllung der Abwasserüberlassungspflicht nach § 48 LWG NRW an die öffentliche Abwasseranlage anzuschließen, sobald Abwasser auf dem Grundstück anfällt (Anschlusszwang).</p>	
<p>(2) Der Anschlussnehmer ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung verpflichtet, das gesamte auf seinem Grundstück anfallende Abwasser (Schmutzwasser und Niederschlagswasser) in die öffentliche Abwasseranlage einzuleiten (Benutzungszwang), um seine Abwasserüberlassungspflicht nach § 48 LWG NRW zu erfüllen.</p>		<p>(2) Der Anschlussnehmer ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung verpflichtet, das gesamte auf seinem Grundstück anfallende Abwasser (Schmutzwasser und Niederschlagswasser) in die öffentliche Abwasseranlage einzuleiten (Benutzungszwang), um seine Abwasserüberlassungspflicht nach § 48 LWG NRW zu erfüllen.</p>	
<p>(3) Ein Anschluss- und Benutzungszwang besteht nicht, wenn die in § 49 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bzw. Nr. 2 LWG NRW genannten Voraussetzungen für in landwirtschaftlichen Betrieben anfallendes Abwasser oder</p>		<p>(3) Ein Anschluss- und Benutzungszwang besteht nicht, wenn die in § 49 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bzw. Nr. 2 LWG NRW genannten Voraussetzungen für in landwirtschaftlichen Betrieben anfallendes Abwasser oder</p>	

	für zur Wärmegegewinnung benutztes Abwasser vorliegen. Das Vorliegen dieser Voraussetzungen ist der TBR nachzuweisen.		für zur Wärmegegewinnung benutztes Abwasser vorliegen. Das Vorliegen dieser Voraussetzungen ist der Stadt Rheine nachzuweisen.	
(4)	Unabhängig vom Vorliegen der in Absatz 3 erwähnten Voraussetzungen ist das häusliche Abwasser aus landwirtschaftlichen Betrieben an die öffentliche Abwasseranlage anzuschließen und dieser zuzuführen.		(4) Unabhängig vom Vorliegen der in Absatz 3 erwähnten Voraussetzungen ist das häusliche Abwasser aus landwirtschaftlichen Betrieben an die öffentliche Abwasseranlage anzuschließen und dieser zuzuführen.	
(5)	Der Anschluss- und Benutzungszwang besteht auch für das Niederschlagswasser. Dieses gilt nicht in den Fällen des § 5 Absatz 2 dieser Satzung.		(5) Der Anschluss- und Benutzungszwang besteht auch für das Niederschlagswasser. Dieses gilt nicht in den Fällen des § 5 Absatz 2 dieser Satzung.	
(6)	In den im Trennsystem entwässerten Bereichen sind das Schmutz- und das Niederschlagswasser den jeweils dafür bestimmten Anlagen zuzuführen.		(6) In den im Trennsystem entwässerten Bereichen sind das Schmutz- und das Niederschlagswasser den jeweils dafür bestimmten Anlagen zuzuführen.	
(7)	Bei Neu- und Umbauten muss das Grundstück vor der Benutzung der baulichen Anlage an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen sein. Ein Zustimmungs- und Abnahmeverfahren nach § 14 Absatz 1 ist durchzuführen.		(7) Bei Neu- und Umbauten muss das Grundstück vor der Benutzung der baulichen Anlage an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen sein. Ein Zustimmungs- und Abnahmeverfahren nach § 14 Absatz 1 ist durchzuführen.	
(8)	Entsteht das Anschlussrecht erst nach der Errichtung einer baulichen Anlage, so ist das Grundstück innerhalb von vier Wochen anzuschließen, nachdem durch öffentliche Bekanntmachung oder Mitteilung an den Anschlussberechtigten angezeigt wurde, dass das Grundstück angeschlossen werden kann.		(8) Entsteht das Anschlussrecht erst nach der Errichtung einer baulichen Anlage, so ist das Grundstück innerhalb von vier Wochen anzuschließen, nachdem durch öffentliche Bekanntmachung oder Mitteilung an den Anschlussberechtigten angezeigt wurde, dass das Grundstück angeschlossen werden kann.	
§ 10	Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang für Schmutzwasser		§ 10	Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang für Schmutzwasser
(1)	Der Grundstückseigentümer kann auf Antrag vom Anschluss- und Benutzungszwang für Schmutzwasser ganz oder teilweise befreit werden, wenn ein besonders begründetes Interesse an einer anderweitigen Beseitigung oder Verwertung des Schmutzwassers besteht und - insbesondere durch Vorlage einer wasserrechtlichen Erlaubnis - nachgewiesen werden kann, dass eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit nicht besteht.		(1) Der Grundstückseigentümer kann auf Antrag vom Anschluss- und Benutzungszwang für Schmutzwasser ganz oder teilweise befreit werden, wenn ein besonders begründetes Interesse an einer anderweitigen Beseitigung oder Verwertung des Schmutzwassers besteht und - insbesondere durch Vorlage einer wasserrechtlichen Erlaubnis - nachgewiesen werden kann, dass eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit nicht besteht.	

<p>(2) Ein besonders begründetes Interesse im Sinne des Absatz 1 liegt nicht vor, wenn die anderweitige Beseitigung oder Verwertung des Schmutzwassers lediglich dazu dienen soll, Gebühren zu sparen.</p>		<p>(2) Ein besonders begründetes Interesse im Sinne des Absatz 1 liegt nicht vor, wenn die anderweitige Beseitigung oder Verwertung des Schmutzwassers lediglich dazu dienen soll, Gebühren zu sparen.</p>	
<p>§ 11 Nutzung des Niederschlagswassers</p>		<p>§ 11 Nutzung des Niederschlagswassers</p>	
<p>Beabsichtigt der Grundstückseigentümer die Nutzung des auf seinem Grundstück anfallenden Niederschlagswassers, so hat er dies der TBR anzuzeigen. Die TBR stellt ihn in diesem Fall unter den Voraussetzungen des § 49 Abs. 4 Satz 3 LWG NRW von der Überlassung des verwendeten Niederschlagswassers frei, wenn die ordnungsgemäße Verwendung des Niederschlagswassers auf dem Grundstück sichergestellt ist und ein Überlauf an den öffentlichen Kanal besteht, so dass eine Überflutung von Nachbar-Grundstücken durch Niederschlagswasser ausgeschlossen werden kann. Bei dem Betrieb von Regenwassernutzungsanlagen auf privaten Grundstücken darf es außerdem nicht zu Rückkopplungen mit der öffentlichen Frischwasser-Versorgungsanlage kommen.</p>		<p>Beabsichtigt der Grundstückseigentümer die Nutzung des auf seinem Grundstück anfallenden Niederschlagswassers, so hat er dies der Stadt Rheine anzuzeigen. Die Stadt Rheine stellt ihn in diesem Fall unter den Voraussetzungen des § 49 Abs. 4 Satz 3 LWG NRW von der Überlassung des verwendeten Niederschlagswassers frei, wenn die ordnungsgemäße Verwendung des Niederschlagswassers auf dem Grundstück sichergestellt ist und ein Überlauf an den öffentlichen Kanal besteht, so dass eine Überflutung von Nachbar-Grundstücken durch Niederschlagswasser ausgeschlossen werden kann. Bei dem Betrieb von Regenwassernutzungsanlagen auf privaten Grundstücken darf es außerdem nicht zu Rückkopplungen mit der öffentlichen Frischwasser-Versorgungsanlage kommen.</p>	
<p>§ 12 Besondere Bestimmungen für Druckentwässerungsnetze</p>		<p>§ 12 Besondere Bestimmungen für Druckentwässerungsnetze</p>	
<p>(1) Führt die TBR aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen die Entwässerung mittels eines Druckentwässerungsnetzes durch, hat der Grundstückseigentümer auf seine Kosten auf seinem Grundstück einen Pumpenschacht mit einer für die Entwässerung ausreichend bemessenen Druckpumpe zu betreiben, zu unterhalten, instand zu halten und gegebenenfalls zu ändern und zu erneuern. Die Entscheidung über Art, Ausführung, Bemessung und Lage des Pumpenschachtes, der Druckpumpe und der dazugehörigen Druckleitung trifft die TBR.</p>		<p>1) Führt die Stadt Rheine aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen die Entwässerung mittels eines Druckentwässerungsnetzes durch, hat der Grundstückseigentümer auf seine Kosten auf seinem Grundstück einen Pumpenschacht mit einer für die Entwässerung ausreichend bemessenen Druckpumpe zu betreiben, zu unterhalten, instand zu halten und gegebenenfalls zu ändern und zu erneuern. Die Entscheidung über Art, Ausführung, Bemessung und Lage des Pumpenschachtes, der Druckpumpe und der dazugehörigen Druckleitung trifft die Stadt Rheine.</p>	
<p>(2) Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, mit einem geeigneten Fachunternehmer einen Wartungsvertrag abzuschließen, der eine Wartung der Druckpumpe entsprechend den Angaben des Her-</p>	<p>(</p>	<p>(2) Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, mit einem geeigneten Fachunternehmer einen Wartungsvertrag abzuschließen, der eine Wartung der Druckpumpe entsprechend den Angaben des Her-</p>	

<p>stellers sicherstellt. Der Wartungsvertrag ist der TBR bis zur Abnahme der Druckleitung, des Pumpenschachtes und der Druckpumpe vorzulegen.</p> <p>Für bereits bestehende Druckpumpen ist der Wartungsvertrag innerhalb von 3 Monaten nach Inkrafttreten dieser Bestimmung und Aufforderung durch die TBR vorzulegen.</p> <p>Beendigungen des Wartungsvertrages sind der TBR unverzüglich anzuzeigen.</p>		<p>stellers sicherstellt. Der Wartungsvertrag ist der Stadt Rheine bis zur Abnahme der Druckleitung, des Pumpenschachtes und der Druckpumpe vorzulegen.</p> <p>Für bereits bestehende Druckpumpen ist der Wartungsvertrag innerhalb von 3 Monaten nach Inkrafttreten dieser Bestimmung und Aufforderung durch die Stadt Rheine vorzulegen.</p> <p>Beendigungen des Wartungsvertrages sind der Stadt Rheine unverzüglich anzuzeigen.</p>	
(3) Die TBR kann den Nachweis der durchgeführten Wartungsarbeiten verlangen.		(3) Die Stadt Rheine kann den Nachweis der durchgeführten Wartungsarbeiten verlangen.	
(4) Der Pumpenschacht muss jederzeit frei zugänglich und zu öffnen sein. Eine Überbauung oder Bepflanzung des Pumpenschachtes ist unzulässig.		(4) Der Pumpenschacht muss jederzeit frei zugänglich und zu öffnen sein. Eine Überbauung oder Bepflanzung des Pumpenschachtes ist unzulässig.	
§ 13 Ausführung von Anschlussleitungen		§ 13 Ausführung von Anschlussleitungen	
(1) Jedes anzuschließende Grundstück ist unterirdisch mit mindestens einer eigenen Anschlussleitung und ohne technischen Zusammenhang mit den Nachbargrundstücken an die öffentliche Abwasseranlage anzuschließen. In Gebieten mit Mischsystem ist für jedes Grundstück eine Anschlussleitung, in Gebieten mit Trennsystem je eine Anschlussleitung für Schmutz- und für Niederschlagswasser herzustellen. Auf Antrag können mehrere Anschlussleitungen verlegt werden. Die Entscheidung über Art und Zahl der Anschlüsse trifft die TBR.		(1) Jedes anzuschließende Grundstück ist unterirdisch mit mindestens einer eigenen Anschlussleitung und ohne technischen Zusammenhang mit den Nachbargrundstücken an die öffentliche Abwasseranlage anzuschließen. In Gebieten mit Mischsystem ist für jedes Grundstück eine Anschlussleitung, in Gebieten mit Trennsystem je eine Anschlussleitung für Schmutz- und für Niederschlagswasser herzustellen. Auf Antrag können mehrere Anschlussleitungen verlegt werden. Die Entscheidung über Art und Zahl der Anschlüsse trifft die Stadt Rheine.	
(2) Zusätzlich vom Anschlussnehmer schriftlich beantragte Anschlüsse an die öffentliche Abwasseranlage bedürfen der Zustimmung der TBR. Die TBR kann den Nachweis über den ordnungsgemäßen Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage im Rahmen des Zustimmungs- und Abnahmeverfahrens nach § 14 dieser Satzung verlangen.		(2) Zusätzlich vom Anschlussnehmer schriftlich beantragte Anschlüsse an die öffentliche Abwasseranlage bedürfen der Zustimmung der Stadt Rheine. Die Stadt Rheine kann den Nachweis über den ordnungsgemäßen Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage im Rahmen des Zustimmungs- und Abnahmeverfahrens nach § 14 dieser Satzung verlangen.	
(3) Die TBR kann gestatten, dass unter besonderen Verhältnissen - z. B. bei Bauvorhaben in Doppel-		(3) Die Stadt Rheine kann gestatten, dass unter besonderen Verhältnissen - z. B. bei Bauvorhaben in Doppel-	

<p>haus- und Reihenhausbauweise, bei Siedlungsbauvorhaben und bei Grundstücksteilungen - zwei oder mehrere Grundstücke durch eine gemeinsame Anschlussleitung entwässert werden. Der gemeinsamen Anschlussleitung gleichgestellt ist auch die in einem privaten Erschließungsweg erstellte private Sammelleitung bis zur öffentlichen Abwasseranlage. Erstellung, Wartung, Instandhaltung und gegebenenfalls Erneuerung dieser gemeinschaftlich genutzten Hausanschluss-/ Sammelleitungen obliegen grundsätzlich der Nutzergemeinschaft aus den jeweiligen Grundstückseigentümern. Bei Zulassung eines gemeinsamen Anschlusses müssen die Erhaltungs-, Unterhaltungs- und Benutzungsrechte zwischen den Grundstückseigentümern schriftlich festgelegt und dinglich im Grundbuch oder durch Baulast gesichert werden.</p>		<p>pelhaus- und Reihenhausbauweise, bei Siedlungsbauvorhaben und bei Grundstücksteilungen - zwei oder mehrere Grundstücke durch eine gemeinsame Anschlussleitung entwässert werden. Der gemeinsamen Anschlussleitung gleichgestellt ist auch die in einem privaten Erschließungsweg erstellte private Sammelleitung bis zur öffentlichen Abwasseranlage. Erstellung, Wartung, Instandhaltung und gegebenenfalls Erneuerung dieser gemeinschaftlich genutzten Hausanschluss-/ Sammelleitungen obliegen grundsätzlich der Nutzergemeinschaft aus den jeweiligen Grundstückseigentümern. Bei Zulassung eines gemeinsamen Anschlusses müssen die Erhaltungs-, Unterhaltungs- und Benutzungsrechte zwischen den Grundstückseigentümern schriftlich festgelegt und dinglich im Grundbuch oder durch Baulast gesichert werden.</p>	
<p>(4) Wird ein Grundstück nach seinem Anschluss in mehrere selbständige Grundstücke geteilt, so gilt Absatz 1 für jedes der neu entstehenden Grundstücke.</p>		<p>(4) Wird ein Grundstück nach seinem Anschluss in mehrere selbständige Grundstücke geteilt, so gilt Absatz 1 für jedes der neu entstehenden Grundstücke.</p>	
<p>(5) Der Grundstückseigentümer hat sich gegen Rückstau von Abwasser aus dem öffentlichen Kanal zu schützen. Hierzu hat er in Ablaufstellen unterhalb der Rückstaebene funktionstüchtige Rückstausicherungen gemäß den allgemein anerkannten Regeln der Technik einzubauen. Die Rückstausicherung muss jederzeit zugänglich sein und regelmäßig gewartet werden. Sie ist so zu errichten und zu betreiben, dass eine Selbstüberwachung des Zustands und der Funktionstüchtigkeit der Anschlussleitung möglich ist.</p>		<p>(5) Der Grundstückseigentümer hat sich gegen Rückstau von Abwasser aus dem öffentlichen Kanal zu schützen. Hierzu hat er in Ablaufstellen unterhalb der Rückstaebene funktionstüchtige Rückstausicherungen gemäß den allgemein anerkannten Regeln der Technik einzubauen. Die Rückstausicherung muss jederzeit zugänglich sein und regelmäßig gewartet werden. Sie ist so zu errichten und zu betreiben, dass eine Selbstüberwachung des Zustands und der Funktionstüchtigkeit der Anschlussleitung möglich ist.</p>	
<p>(6) Bei der Neuerrichtung einer Anschlussleitung auf einem privaten Grundstück hat der Grundstückseigentümer unter Beachtung des § 8 Abs. 1 Satz 4 SÜwVO Abw NRW einen Einsteigschacht mit Zugang für Personal auf seinem Grundstück außerhalb des Gebäudes einzubauen. Wird die Anschlussleitung erneuert oder verändert, so hat der Grundstücksei-</p>	<p>(6) Bei der Neuerrichtung einer Anschlussleitung auf einem privaten Grundstück hat der Grundstückseigentümer einen Einsteigschacht mit Zugang für Personal auf seinem Grundstück außerhalb des Gebäudes einzubauen. Wird die Anschlussleitung erneuert oder verändert, so hat der Grundstückseigentümer nachträglich einen Einsteigschacht mit</p>	<p>(6) Bei der Neuerrichtung einer Anschlussleitung auf einem privaten Grundstück hat der Grundstückseigentümer einen Einsteigschacht mit Zugang für Personal auf seinem Grundstück außerhalb des Gebäudes einzubauen. Wird die Anschlussleitung erneuert oder verändert, so hat der Grundstückseigentümer nachträglich einen Einsteigschacht mit Zugang für</p>	

<p>gentümer nachträglich einen Einsteigschacht mit Zugang für Personal auf seinem Grundstück erstmals einzubauen, wenn dieser zuvor nicht eingebaut worden war. In Ausnahmefällen kann auf Antrag des Grundstückseigentümers von der Errichtung eines Einsteigschachtes mit Zugang für Personal außerhalb des Gebäudes abgesehen werden. Der Einsteigschacht muss nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik hergestellt werden und darf keine Unfallgefahr für Personen darstellen. Der Einsteigschacht muss jederzeit frei zugänglich und zu öffnen sein. Eine Überbauung oder Bepflanzung des Einsteigschachtes ist unzulässig. Die Schachtabdeckung des Einsteigschachtes muss aus einem Rahmen und einem passenden Deckel bestehen, der mit einem Aushebehaken von nur 1 Person ohne Maschinenhilfe zu öffnen ist.</p>	<p>Zugang für Personal auf seinem Grundstück erstmals einzubauen, wenn dieser zuvor nicht eingebaut worden war. In Ausnahmefällen kann auf Antrag des Grundstückseigentümers von der Errichtung eines Einsteigschachtes mit Zugang für Personal außerhalb des Gebäudes abgesehen werden. Der Einsteigschacht muss nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik hergestellt werden und darf keine Unfallgefahr für Personen darstellen. Der Einsteigschacht muss jederzeit frei zugänglich und zu öffnen sein. Eine Überbauung oder Bepflanzung des Einsteigschachtes ist unzulässig. Die Schachtabdeckung des Einsteigschachtes muss aus einem Rahmen und einem passenden Deckel bestehen, der mit einem Aushebehaken von nur 1 Person ohne Maschinenhilfe zu öffnen ist.</p>	<p>Personal auf seinem Grundstück erstmals einzubauen, wenn dieser zuvor nicht eingebaut worden war. In Ausnahmefällen kann auf Antrag des Grundstückseigentümers von der Errichtung eines Einsteigschachtes mit Zugang für Personal außerhalb des Gebäudes abgesehen werden. Der Einsteigschacht muss nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik hergestellt werden und darf keine Unfallgefahr für Personen darstellen. Der Einsteigschacht muss jederzeit frei zugänglich und zu öffnen sein. Eine Überbauung oder Bepflanzung des Einsteigschachtes ist unzulässig. Die Schachtabdeckung des Einsteigschachtes muss aus einem Rahmen und einem passenden Deckel bestehen, der mit einem Aushebehaken von nur 1 Person ohne Maschinenhilfe zu öffnen ist.</p>	
<p>(7) Die Anzahl, Führung, lichte Weite und technische Ausführung der Anschlussleitungen bis zum Einsteigschacht sowie die Lage und Ausführung des Einsteigschachtes und ggf. weiterer Inspektionsöffnungen bestimmt die TBR.</p>		<p>(7) Die Anzahl, Führung, lichte Weite und technische Ausführung der Anschlussleitungen bis zum Einsteigschacht sowie die Lage und Ausführung des Einsteigschachtes und ggf. weiterer Inspektionsöffnungen bestimmt die Stadt Rheine.</p>	
<p>(8) Die Herstellung, Erneuerung und Veränderung sowie die laufende Unterhaltung der haustechnischen Abwasseranlagen, der Grundleitungen sowie der Hausanschlussleitung und ggf. der Druckentwässerungspumpstation auf dem anzuschließenden Grundstück führt der Grundstückseigentümer auf seine Kosten durch. Die Grundstücksentwässerungseinrichtungen sind in Abstimmung mit der TBR zu erstellen.</p>		<p>(8) Die Herstellung, Erneuerung und Veränderung sowie die laufende Unterhaltung der haustechnischen Abwasseranlagen, der Grundleitungen sowie der Hausanschlussleitung und ggf. der Druckentwässerungspumpstation auf dem anzuschließenden Grundstück führt der Grundstückseigentümer auf seine Kosten durch. Die Grundstücksentwässerungseinrichtungen sind in Abstimmung mit der Stadt Rheine zu erstellen.</p>	
<p>(9) Besteht für die Ableitung des Abwassers kein natürliches Gefälle zur öffentlichen Abwasseranlage, so kann die TBR von dem Grundstückseigentümer zur ordnungsgemäßen Entwässerung des Grundstücks den Einbau und den Betrieb einer Hebeanlage verlangen. Die Kosten trägt der Grundstückseigentümer. Die Hebeanlage muss so errichtet und betrieben werden, dass eine Selbstüberwachung des Zu-</p>		<p>(9) Besteht für die Ableitung des Abwassers kein natürliches Gefälle zur öffentlichen Abwasseranlage, so kann die Stadt Rheine von dem Grundstückseigentümer zur ordnungsgemäßen Entwässerung des Grundstücks den Einbau und den Betrieb einer Hebeanlage verlangen. Die Kosten trägt der Grundstückseigentümer. Die Hebeanlage muss so errichtet und betrieben werden, dass eine Selbstüberwa-</p>	

	stands und der Funktionstüchtigkeit der Anschlussleitung möglich ist.		chung des Zustands und der Funktionstüchtigkeit der Anschlussleitung möglich ist.	
(10)	Werden an Straßen, in denen noch keine öffentliche Abwasseranlage vorhanden ist, Neubauten errichtet oder Nutzungen vorgenommen, die einen Abwasseranfall nach sich ziehen, hat der Grundstückseigentümer auf seinem Grundstück Anlagen für einen späteren Anschluss in Abstimmung mit der TBR auf seine Kosten vorzubereiten.		(10) Werden an Straßen, in denen noch keine öffentliche Abwasseranlage vorhanden ist, Neubauten errichtet oder Nutzungen vorgenommen, die einen Abwasseranfall nach sich ziehen, hat der Grundstückseigentümer auf seinem Grundstück Anlagen für einen späteren Anschluss in Abstimmung mit der Stadt Rheine auf seine Kosten vorzubereiten.	
(11)	Genehmigungspflichtige Indirekteinleiter und Sitzungseinleiter, deren Abwässer nach einer Abwasserbehandlungsanlage oder einer Fettabscheideranlage in die öffentliche Kanalisation einleiten, müssen auf ihrem Grundstück in der Ablaufleitung einen Probenahmeschacht errichten. Die Lage des Probenahmeschachts wird von der TBR festgelegt Abs. 6 Satz 4 bis 7 gilt entsprechend.	(11) Genehmigungspflichtige Indirekteinleiter und Sitzungseinleiter, deren Abwässer nach einer Abwasserbehandlungsanlage oder einer Fettabscheideranlage in die öffentliche Kanalisation eingeleitet werden, müssen auf ihrem Grundstück in der Ablaufleitung einen Probenahmeschacht errichten. Die Lage des Probenahmeschachts wird von der Stadt festgelegt Abs. 6 Satz 4 bis 7 gilt entsprechend. Die Notwendigkeit eines Fettabseiders ergibt sich aus der DIN 4040-100 und der DIN EN 1825-1 und 1825-2.	(11) Genehmigungspflichtige Indirekteinleiter und Sitzungseinleiter, deren Abwässer nach einer Abwasserbehandlungsanlage oder einer Fettabscheideranlage in die öffentliche Kanalisation eingeleitet werden, müssen auf ihrem Grundstück in der Ablaufleitung einen Probenahmeschacht errichten. Die Lage des Probenahmeschachts wird von der Stadt Rheine festgelegt Abs. 6 Satz 4 bis 7 gilt entsprechend. Die Notwendigkeit eines Fettabseiders ergibt sich aus der DIN 4040-100 und der DIN EN 1825-1 und 1825-2.	
(12)	Besteht der Verdacht, dass das Abwasser entgegen den Bestimmungen der Satzung eingeleitet wird, ist die TBR ermächtigt, einen Probenahmeschacht auf dem Grundstück anzuordnen.		(12) Besteht der Verdacht, dass das Abwasser entgegen den Bestimmungen der Satzung eingeleitet wird, ist die Stadt Rheine ermächtigt, einen Probenahmeschacht auf dem Grundstück anzuordnen.	
§ 14	Zustimmungs- und Abnahmeverfahren		§ 14	Zustimmungs- und Abnahmeverfahren
(1)	Die Herstellung oder Änderung des Anschlusses an die öffentliche Abwasseranlage bedarf der vorherigen Zustimmung der TBR. Diese ist rechtzeitig, spätestens jedoch vier Wochen vor der Durchführung der Anschlussarbeiten zu beantragen. Besteht Anschluss- und Benutzungszwang an die öffentliche Abwasseranlage, gilt der Antrag mit der Aufforderung der TBR, den Anschluss vorzunehmen, als gestellt. Eine Zustimmung wird vorbehaltlich der Abnahme des mängelfreien Anschlusses durch die TBR erteilt. Bei der Abnahme prüft die TBR die korrekte Ausführung von Anschlussleitungen, von Brauchwasser-, Regenwassernutzungs- und Versickerungsanlagen mittels Sichtkontrolle. Durch die Vornahme		(1) Die Herstellung oder Änderung des Anschlusses an die öffentliche Abwasseranlage bedarf der vorherigen Zustimmung der Stadt Rheine. Diese ist rechtzeitig, spätestens jedoch vier Wochen vor der Durchführung der Anschlussarbeiten zu beantragen. Besteht Anschluss- und Benutzungszwang an die öffentliche Abwasseranlage, gilt der Antrag mit der Aufforderung der Stadt Rheine, den Anschluss vorzunehmen, als gestellt. Eine Zustimmung wird vorbehaltlich der Abnahme des mängelfreien Anschlusses durch die Stadt Rheine erteilt. Bei der Abnahme prüft die Stadt Rheine die korrekte Ausführung von Anschlussleitungen, von Brauchwasser-, Regenwassernutzungs- und Versickerungsanlagen mittels	

oder Nichtvornahme der Prüfung übernimmt die TBR keine zivilrechtliche Haftung für die fehlerfreie und vorschriftsmäßige Ausführung der Anlage.		Sichtkontrolle. Durch die Vornahme oder Nichtvornahme der Prüfung übernimmt die Stadt Rheine keine zivilrechtliche Haftung für die fehlerfreie und vorschriftsmäßige Ausführung der Anlage.	
(2) Den Abbruch eines mit einem Anschluss versehenen Gebäudes hat der Anschlussnehmer vier Wochen vor der Außerbetriebnahme des Anschlusses der TBR mitzuteilen. Diese sichert die Anschlussleitung auf Kosten des Anschlussnehmers.		(2) Den Abbruch eines mit einem Anschluss versehenen Gebäudes hat der Anschlussnehmer vier Wochen vor der Außerbetriebnahme des Anschlusses der Stadt Rheine mitzuteilen. Diese sichert die Anschlussleitung auf Kosten des Anschlussnehmers.	
(3) Ergibt sich während der Bauausführung die Notwendigkeit, von vorgelegten Plänen abzuweichen, so sind die Abweichungen sofort anzuzeigen und geänderte Planunterlagen vorzulegen.		(3) Ergibt sich während der Bauausführung die Notwendigkeit, von vorgelegten Plänen abzuweichen, so sind die Abweichungen sofort anzuzeigen und geänderte Planunterlagen vorzulegen.	
(4) Die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage darf erst erfolgen, nachdem die TBR der Herstellung oder Änderung des Anschlusses anhand der vorgelegten und geprüften Entwässerungsunterlagen schriftlich zugestimmt hat. Zum Beginn der Nutzung sind mindestens der TBR vorzulegen:		(4) Die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage darf erst erfolgen, nachdem die Stadt Rheine der Herstellung oder Änderung des Anschlusses anhand der vorgelegten und geprüften Entwässerungsunterlagen schriftlich zugestimmt hat. Zum Beginn der Nutzung sind mindestens der Stadt Rheine vorzulegen:	
1. Die Bescheinigung eines Sachkundigen über die erfolgreiche Dichtheitsprüfung der privaten Hausanschlussleitungen. Der Sachkundige muss für die Zustands- und Funktionsprüfung privater Abwasserleitungen von der TBR zugelassen sein.		1. Die Bescheinigung eines Sachkundigen über die erfolgreiche Dichtheitsprüfung der privaten Hausanschlussleitungen. Der Sachkundige muss für die Zustands- und Funktionsprüfung privater Abwasserleitungen von der Stadt Rheine zugelassen sein.	
2. Lagepläne, ggf. Schnitte der tatsächlich gebauten privaten Entwässerungsanlagen (Leitungen, Sondereinbauten wie Schieber, Abwasserbehandlungsanlagen etc.) sind als Datei im PDF-Format oder in Papierform vorzulegen.		2. Lagepläne, ggf. Schnitte der tatsächlich gebauten privaten Entwässerungsanlagen (Leitungen, Sondereinbauten wie Schieber, Abwasserbehandlungsanlagen etc.) sind als Datei im PDF-Format oder in Papierform vorzulegen.	
3. Grundbuchsicherungs-/ Baulasteintragungen für gemeinsame Entwässerungsanlagen sind auf Verlangen schriftlich nachzuweisen.		3. Grundbuchsicherungs-/ Baulasteintragungen für gemeinsame Entwässerungsanlagen sind auf Verlangen schriftlich nachzuweisen.	
4. Eine Fotodokumentation der Örtlichkeit ist vorzulegen.		4. Eine Fotodokumentation der Örtlichkeit ist vorzulegen.	
5. Die TBR ist berechtigt weitere Nachweise bei		5. Die Stadt Rheine ist berechtigt weitere	

Bedarf zur fachgerechten Herstellung der privaten Entwässerungsanlagen zu fordern.		Nachweise bei Bedarf zur fachgerechten Herstellung der privaten Entwässerungsanlagen zu fordern.	
(5) Die Einleitung von Abwasser aus Industrie- und Gewerbebetrieben, den sog. genehmigungspflichtigen Indirekteinleitern, und Abwasser aus den sog. Satzungseinleitern (Fettabscheidern) bedarf der vorherigen Zustimmung der TBR.		(5) Die Einleitung von Abwasser aus Industrie- und Gewerbebetrieben, den sog. genehmigungspflichtigen Indirekteinleitern, und Abwasser aus den sog. Satzungseinleitern (Fettabscheidern) bedarf der vorherigen Zustimmung der Stadt Rheine.	
(6) Die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage darf erst erfolgen, nachdem die TBR der Herstellung oder Änderung anhand der vorgelegten und geprüften Entwässerungsunterlagen schriftlich zugestimmt hat. Zum Beginn der Nutzung sind mindestens der TBR vorzulegen:		(6) Die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage darf erst erfolgen, nachdem die Stadt Rheine der Herstellung oder Änderung anhand der vorgelegten und geprüften Entwässerungsunterlagen schriftlich zugestimmt hat. Zum Beginn der Nutzung sind mindestens der Stadt Rheine vorzulegen:	
1. Abwasserbehandlungsziel		1. Abwasserbehandlungsziel	
a) Einleitung in den Kanal		a) Einleitung in den Kanal	
b) Einleitung in ein Gewässer		b) Einleitung in ein Gewässer	
c) Rückhaltung für Havariefall (z.B. Störfälle, Überflutungen etc..)		c) Rückhaltung für Havariefall (z.B. Störfälle, Überflutungen etc..)	
d) Abwasserbehandlungsanlage oder Fettabscheider		d) Abwasserbehandlungsanlage oder Fettabscheider	
2. Nutzungsart sind z. B.:		2. Nutzungsart sind z. B.:	
a) Abscheider als Behandlungsanlage (z.B. Waschplatz)		a) Abscheider als Behandlungsanlage (z.B. Waschplatz)	
b) Abscheider als Rückhaltung (z.B. Tankfläche/Tankstelle)		b) Abscheider als Rückhaltung (z.B. Tankfläche/Tankstelle)	
c) Abscheider als Vorsichtsmaßnahme (z.B. Umschlagplatz, Havarie, Parkplatz, Niederschlagswasservorbehandlung etc.)		c) Abscheider als Vorsichtsmaßnahme (z.B. Umschlagplatz, Havarie, Parkplatz, Niederschlagswasservorbehandlung etc.)	
d) Abscheider als Vorreinigung (z.B. Lebensmittelbetrieb, Restaurant, Küchenbetrieb, Mensa etc.)		d) Abscheider als Vorreinigung (z.B. Lebensmittelbetrieb, Restaurant, Küchenbetrieb, Mensa etc.)	
(7) Bei der Ansiedlung neuer sowie der Produktionserhöhung vorhandener Industrie- oder Gewerbebetriebe bedarf die Einleitung der Zustimmung durch		(7) Bei der Ansiedlung neuer sowie der Produktionserhöhung vorhandener Industrie- oder Gewerbebetriebe bedarf die Einleitung der Zustimmung durch	

<p>die TBR. Änderungen der Zusammensetzung oder Menge industriellen oder gewerblichen Abwassers sind der TBR unter Angabe der erforderlichen Informationen unaufgefordert mitzuteilen; auf Verlangen der TBR hat der Anschlussnehmer die Einhaltung der Absätze 1 bis 6 nachzuweisen. Reichen die vorhandenen öffentlichen Abwasseranlagen zur Aufnahme nicht aus, behält sich die TBR vor, die Aufnahme dieses Abwassers zu versagen oder eine entsprechende (geeignete) Vorbehandlung oder Verringerung (Abwassereinleitmenge) zu verlangen.</p>		<p>die Stadt Rheine. Änderungen der Zusammensetzung oder Menge industriellen oder gewerblichen Abwassers sind der Stadt Rheine unter Angabe der erforderlichen Informationen unaufgefordert mitzuteilen; auf Verlangen der Stadt Rheine hat der Anschlussnehmer die Einhaltung der Absätze 1 bis 6 nachzuweisen. Reichen die vorhandenen öffentlichen Abwasseranlagen zur Aufnahme nicht aus, behält sich die Stadt Rheine vor, die Aufnahme dieses Abwassers zu versagen oder eine entsprechende (geeignete) Vorbehandlung oder Verringerung (Abwassereinleitmenge) zu verlangen.</p>	
<p>(8) Änderungen der Grundstücksentwässerungsanlage sind der TBR mitzuteilen und bedürfen der vorherigen Zustimmung der TBR.</p>		<p>(8) Änderungen der Grundstücksentwässerungsanlage sind der Stadt Rheine mitzuteilen und bedürfen der vorherigen Zustimmung der Stadt Rheine.</p>	
<p>(9) Gewerbliche Betriebe sind verpflichtet die betrieblichen wassergefährdenden Stoffe nach der Liste vom 01.08.2017 gem. § 66 Satz 1 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdeten Stoffen, (Bekanntmachung vom 01.08.2017 BAnz AT 10.08.2017 B5) der TBR mitzuteilen. Betriebe sind verpflichtet, nach der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV), die Stoffe mit denen sie in einer Anlage umgehen, als:</p>		<p>(9) Gewerbliche Betriebe sind verpflichtet, die betrieblichen wassergefährdenden Stoffe nach der Liste vom 01.08.2017 gem. § 66 Satz 1 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdeten Stoffen (Bekanntmachung vom 01.08.2017 BAnz AT 10.08.2017 B5) der Stadt Rheine mitzuteilen. Betriebe sind verpflichtet, nach der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV), die Stoffe mit denen sie in einer Anlage umgehen, als:</p>	
<p>a) nicht wassergefährdend (früher WGK 0)</p>		<p>a) nicht wassergefährdend (früher WGK 0)</p>	
<p>b) allg. wassergefährdend (z.B. feste Abfälle) oder in</p>		<p>b) allg. wassergefährdend (z.B. feste Abfälle) oder in</p>	
<p>c) eine von drei Wassergefährdungsklassen (WGK 1,2,3) WGK 1: schwach wassergefährdend WGK 2: deutlich wassergefährdend WGK 3: stark wassergefährdend einzustufen (siehe auch Anlage 1).</p>		<p>c) eine von drei Wassergefährdungsklassen (WGK 1,2,3) WGK 1: schwach wassergefährdend WGK 2: deutlich wassergefährdend WGK 3: stark wassergefährdend einzustufen (siehe auch Anlage 1).</p>	
<p>(10) Ist im Hinblick auf mögliche Störfälle der Anfall von solchen Abwässern nicht auszuschließen, die sich auf die Substanz und auf den Betrieb der öffentlichen Abwasseranlage nachteilig auswirken können</p>		<p>(10) Ist im Hinblick auf mögliche Störfälle der Anfall von solchen Abwässern nicht auszuschließen, die sich auf die Substanz und auf den Betrieb der öffentlichen Abwasseranlage nachteilig auswirken können</p>	

<p>(z.B. kontaminiertes Löschwasser), so kann die TBR vorsorglich verlangen, dass solche Abwässer (auf dem Grundstück) gespeichert und/oder geeignete Absperrvorrichtungen eingebaut und/oder geeignete Absperrgeräte stets bereitgehalten werden (z.B. Ballonverschluss). Vor Einleitung derartiger potentiell kontaminierter Abwässer in die öffentliche Abwasseranlage ist der TBR gegenüber unter Beteiligung der zuständigen Behörde der Nachweis zu erbringen, dass diese Abwässer unbedenklich eingeleitet oder auf welche Weise sie ordnungsgemäß vom Grundstückseigentümer entsorgt werden können. Die daraufhin ggf. von der TBR zu erteilenden Ausnahmegenehmigung kann eine Vergleichmäßigung der Einleitung und/oder die Einleitung zu bestimmten Zeiten verlangen; gebührenrechtliche Folgerungen bleiben davon unberührt.</p>		<p>(z.B. kontaminiertes Löschwasser), so kann die Stadt Rheine vorsorglich verlangen, dass solche Abwässer (auf dem Grundstück) gespeichert und/oder geeignete Absperrvorrichtungen eingebaut und/oder geeignete Absperrgeräte stets bereitgehalten werden (z.B. Ballonverschluss). Vor Einleitung derartiger potentiell kontaminierter Abwässer in die öffentliche Abwasseranlage ist der Stadt Rheine gegenüber unter Beteiligung der zuständigen Behörde der Nachweis zu erbringen, dass diese Abwässer unbedenklich eingeleitet oder auf welche Weise sie ordnungsgemäß vom Grundstückseigentümer entsorgt werden können. Die daraufhin ggf. von der Stadt Rheine zu erteilenden Ausnahmegenehmigung kann eine Vergleichmäßigung der Einleitung und/oder die Einleitung zu bestimmten Zeiten verlangen; gebührenrechtliche Folgerungen bleiben davon unberührt.</p>	
<p>(11) Die TBR kann - abweichend von den Einleitbedingungen des § 7 dieser Satzung - die Genehmigungen und Zustimmungen unter Bedingungen und Auflagen erteilen oder aufheben. Sie stehen unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs sowie nachträglicher Einschränkungen oder Änderungen.</p>		<p>(11) Die Stadt Rheine kann - abweichend von den Einleitbedingungen des § 7 dieser Satzung - die Genehmigungen und Zustimmungen unter Bedingungen und Auflagen erteilen oder aufheben. Sie stehen unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs sowie nachträglicher Einschränkungen oder Änderungen.</p>	
<p>§ 15 Funktions- und Zustandsprüfung bei privaten Abwasserleitungen</p>		<p>§ 15 Funktions- und Zustandsprüfung bei privaten Abwasserleitungen</p>	
<p>(1) Für die Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen gilt die Verordnung zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen (Selbstüberwachungsverordnung Abwasser - SüwVO Abw NRW). Private Abwasserleitungen sind gemäß den §§ 60, 61 WHG, § 56 Abs. 1 LWG NRW, § 8 Abs. 1 SüwVO Abw NRW so zu errichten und zu betreiben, dass die Anforderungen an die Abwasserbeseitigung eingehalten werden.</p>	<p>(1) Für die Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen gilt die Verordnung zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen (Selbstüberwachungsverordnung Abwasser - SüwVO Abw NRW). Private Abwasserleitungen sind gemäß den §§ 60, 61 WHG, § 56 Abs. 1 LWG NRW so zu errichten und zu betreiben, dass die Anforderungen an die Abwasserbeseitigung eingehalten werden.</p>	<p>(1) Für die Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen gilt die Verordnung zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen (Selbstüberwachungsverordnung Abwasser - SüwVO Abw NRW). Private Abwasserleitungen sind gemäß den §§ 60, 61 WHG, § 56 Abs. 1 LWG NRW so zu errichten und zu betreiben, dass die Anforderungen an die Abwasserbeseitigung eingehalten werden.</p>	
<p>(2) Für welche Grundstücke und zu welchem Zeitpunkt eine Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen durchzuführen ist, ergibt sich aus den §§ 7 bis 9 SüwVO Abw NRW.</p>		<p>(2) Für welche Grundstücke und zu welchem Zeitpunkt eine Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen durchzuführen ist, ergibt sich aus den §§ 7 bis 9 SüwVO Abw NRW.</p>	

<p>(3) Zustands- und Funktionsprüfungen an privaten Abwasserleitungen dürfen nur durch anerkannte Sachkundige gemäß § 12 SÜwVO Abw NRW durchgeführt werden. Der gültige Sachkundenachweis ist der TBR vorzulegen.</p> <p>(Hinweis: Unabhängigen Stellen führen selbständig Listen über Sachkundige. Diese Listen werden vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes NRW (LANUV NRW) zu einer landesweiten Liste zusammengeführt (www.lanuv.nrw.de)).</p>		<p>(3) Zustands- und Funktionsprüfungen an privaten Abwasserleitungen dürfen nur durch anerkannte Sachkundige gemäß § 12 SÜwVO Abw NRW durchgeführt werden. Der gültige Sachkundenachweis ist der Stadt Rheine vorzulegen.</p> <p>(Hinweis: Unabhängige Stellen führen selbständig Listen über Sachkundige. Diese Listen werden vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes NRW (LANUV NRW) zu einer landesweiten Liste zusammengeführt (www.lanuv.nrw.de)).</p>	
<p>(4) Zustands- und Funktionsprüfungen müssen nach § 9 Abs. 1 SÜwVO Abw NRW nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik durchgeführt werden. Nach § 8 Abs. 1 Satz 4 SÜwV Abw NRW gelten die DIN 1986 Teil 30 und die DIN EN 1610 als allgemein anerkannte Regeln der Technik, soweit die SÜwVO Abw NRW keine abweichenden Regelungen trifft.</p>	<p>(4) Zustands- und Funktionsprüfungen müssen nach § 9 Abs. 1 SÜwVO Abw NRW nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik durchgeführt werden. Es gelten die DIN 1986, Teil 30, und die DIN 1610 als allgemein anerkannte Regeln der Technik.</p>	<p>(4) Zustands- und Funktionsprüfungen müssen nach § 9 Abs. 1 SÜwVO Abw NRW nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik durchgeführt werden. Es gelten die DIN 1986, Teil 30, und die DIN 1610 als allgemein anerkannte Regeln der Technik.</p>	
<p>(5) Private Abwasserleitungen, die nach dem 01.01.1996 auf Zustand und Funktionstüchtigkeit geprüft worden sind, bedürfen nach § 11 SÜwVO Abw NRW keiner erneuten Prüfung, sofern Prüfung und Prüfbescheinigung den zum Zeitpunkt der Prüfung geltenden Anforderungen entsprochen haben.</p>		<p>(5) Private Abwasserleitungen, die nach dem 01.01.1996 auf Zustand und Funktionstüchtigkeit geprüft worden sind, bedürfen nach § 11 SÜwVO Abw NRW keiner erneuten Prüfung, sofern Prüfung und Prüfbescheinigung den zum Zeitpunkt der Prüfung geltenden Anforderungen entsprochen haben.</p>	
<p>(6) Die Sanierungsnotwendigkeit und der Sanierungszeitpunkt ergeben sich grundsätzlich aus § 10 Abs. 1 SÜwVO Abw NRW. Über mögliche Abweichungen von den Sanierungsfristen in § 10 Abs. 1 SÜwVO Abw NRW kann die TBR gemäß § 10 Abs. 2 Satz 1 SÜwVO Abw NRW nach pflichtgemäßem Ermessen im Einzelfall entscheiden.</p>		<p>(6) Die Sanierungsnotwendigkeit und der Sanierungszeitpunkt ergeben sich grundsätzlich aus § 10 Abs. 1 SÜwVO Abw NRW. Über mögliche Abweichungen von den Sanierungsfristen in § 10 Abs. 1 SÜwVO Abw NRW kann die Stadt Rheine gemäß § 10 Abs. 2 Satz 1 SÜwVO Abw NRW nach pflichtgemäßem Ermessen im Einzelfall entscheiden.</p>	
<p>(7) Das Ergebnis der Zustands- und Funktionsprüfung ist in einer Bescheinigung gemäß dem Formblatt „Bescheinigung über das Ergebnis der Prüfung des Zustands- und der Funktionsfähigkeit privater Abwasserleitungen und zugehöriger Schächte“ der SÜwVO Abw NRW zu dokumentieren. Der Bescheinigung sind als Anlagen beizufügen:</p>		<p>(7) Das Ergebnis der Zustands- und Funktionsprüfung ist in einer Bescheinigung gemäß dem Formblatt „Bescheinigung über das Ergebnis der Prüfung des Zustands- und der Funktionsfähigkeit privater Abwasserleitungen und zugehöriger Schächte“ der SÜwVO Abw NRW zu dokumentieren. Der Bescheinigung sind als Anlagen beizufügen:</p>	

1. ein Bestandsplan,		1. ein Bestandsplan,	
2. eine Fotodokumentation der Örtlichkeit und		2. eine Fotodokumentation der Örtlichkeit und	
3. bei optischer Prüfung:		3. bei optischer Prüfung:	
a) eine CD/DVD mit den Befahrungsvideos (das entsprechende Format ist mit der TBR abzustimmen),		a) eine CD/DVD mit den Befahrungsvideos (das entsprechende Format ist mit der Stadt Rheine abzustimmen),	
b) Haltungs-/ Schachtberichte und		b) Haltungs-/ Schachtberichte und	
c) eine Bilddokumentation festgestellter Schäden oder		c) eine Bilddokumentation festgestellter Schäden oder	
4. bei Prüfung mit Luft oder Wasser: die Prüfprotokolle.		4. bei Prüfung mit Luft oder Wasser: die Prüfprotokolle.	
§ 16 Indirekteinleiter-Kataster		§ 16 Indirekteinleiter-Kataster	
(1) Die TBR führt ein Kataster über Indirekteinleitungen, deren Beschaffenheit erheblich vom häuslichen Abwasser abweicht.	(1) Die Stadt führt ein Kataster über Indirekteinleitungen, deren Beschaffenheit erheblich vom häuslichen Abwasser abweicht.	(1) Die Stadt Rheine führt ein Kataster über Indirekteinleitungen, deren Beschaffenheit erheblich vom häuslichen Abwasser abweicht.	
(2) Bei Indirekteinleitungen im Sinne des Absatz 1 sind der TBR mit dem Antrag nach § 14 Absatz 1 die abwassererzeugenden Betriebsvorgänge zu benennen. Bei bestehenden Anschlüssen hat dies innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Satzung zu geschehen. Soweit es sich um genehmigungspflichtige Indirekteinleitungen im Sinne des § 58 WHG und § 58 LWG NRW handelt, genügt in der Regel die Vorlage des Genehmigungsbescheides der zuständigen Wasserbehörde mit den zugehörigen Anlagen.	(2) Bei Indirekteinleitungen im Sinne des Absatz 1 sind der Stadt mit dem Antrag nach § 14 Absatz 1 die abwassererzeugenden Betriebsvorgänge zu benennen. Bei bestehenden Anschlüssen hat dies innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Satzung zu geschehen. Soweit es sich um genehmigungspflichtige Indirekteinleitungen im Sinne des § 58 WHG und § 58 LWG NRW handelt, genügt in der Regel die Vorlage des Genehmigungsbescheides der zuständigen Wasserbehörde mit den zugehörigen Anlagen.	(2) Bei Indirekteinleitungen im Sinne des Absatz 1 sind der Stadt Rheine mit dem Antrag nach § 14 Absatz 1 die abwassererzeugenden Betriebsvorgänge zu benennen. Bei bestehenden Anschlüssen hat dies innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Satzung zu geschehen. Soweit es sich um genehmigungspflichtige Indirekteinleitungen im Sinne des § 58 WHG und § 58 LWG NRW handelt, genügt in der Regel die Vorlage des Genehmigungsbescheides der zuständigen Wasserbehörde mit den zugehörigen Anlagen.	
(3) Weiter ist auf Verlangen Auskunft zu erteilen und sind Angaben zu machen über:		(3) Weiter ist auf Verlangen Auskunft zu erteilen und sind Angaben zu machen über:	
1. die Zusammensetzung des Abwassers,		1. die Zusammensetzung des Abwassers,	
2. die Gesamtmenge und den Höchstzufluss des Abwassers sowie die Zeiten, in denen eingeleitet werden soll,		2. die Gesamtmenge und den Höchstzufluss des Abwassers sowie die Zeiten, in denen eingeleitet werden soll,	

3.	Daten über Einrichtungen zur Vorbehandlung des Abwassers mit Bemessungsnachweisen,		3.	Daten über Einrichtungen zur Vorbehandlung des Abwassers mit Bemessungsnachweisen,	
4.	alle sonstigen Angaben, die in einem Erfassungsbogen zum Indirekteinleiterkataster erfragt werden.		4.	alle sonstigen Angaben, die in einem Erfassungsbogen zum Indirekteinleiterkataster erfragt werden.	
Außerdem sind vorzulegen:			Außerdem sind vorzulegen:		
1.	der Entwässerungsplan und der Plan der Abwasseranfallstellen mit Erläuterungen,		1.	der Entwässerungsplan und der Plan der Abwasseranfallstellen mit Erläuterungen,	
2.	das Schema und die Planunterlagen der Abwasservorbehandlungsanlagen mit Erläuterungen.		2.	das Schema und die Planunterlagen der Abwasservorbehandlungsanlagen mit Erläuterungen.	
(4)	Die TBR kann verlangen, dass der Entwässerungsplan und sonstige Unterlagen von einem fachkundigen Ingenieurbüro hergestellt werden.		(4)	Die Stadt Rheine kann verlangen, dass der Entwässerungsplan und sonstige Unterlagen von einem fachkundigen Ingenieurbüro hergestellt werden.	
(5)	Die TBR kann die Führung eines Betriebstagebuches verlangen, in dem sämtliche die Abwassersituation betreffenden Daten festzuhalten sind. Die TBR ist berechtigt, jederzeit in das Betriebstagebuch Einsicht zu nehmen. Diesbezüglich vorliegende EDV Daten sind der TBR zugänglich zu machen.		(5)	Die Stadt Rheine kann die Führung eines Betriebstagebuches verlangen, in dem sämtliche die Abwassersituation betreffenden Daten festzuhalten sind. Die Stadt Rheine ist berechtigt, jederzeit in das Betriebstagebuch Einsicht zu nehmen. Diesbezüglich vorliegende EDV Daten sind der Stadt Rheine zugänglich zu machen.	
§ 17 Abwasseruntersuchungen			§ 17 Abwasseruntersuchungen		
(1)	Die TBR ist jederzeit berechtigt, Abwasseruntersuchungen vorzunehmen oder von einer durch die TBR beauftragten unabhängigen Abwasseruntersuchungsstelle vornehmen zu lassen. Sie bestimmt die Entnahmestellen sowie Art, Umfang und Turnus der Probeentnahmen.		(1)	Die Stadt Rheine ist jederzeit berechtigt, Abwasseruntersuchungen vorzunehmen oder von einer durch die Stadt Rheine beauftragten unabhängigen Abwasseruntersuchungsstelle vornehmen zu lassen. Sie bestimmt die Entnahmestellen sowie Art, Umfang und Turnus der Probeentnahmen.	
(2)	Die Kosten für die Untersuchungen trägt der Anschlussnehmer, falls sich herausstellt, dass ein Verstoß gegen die Benutzungsbestimmungen dieser Satzung vorliegt.		(2)	Die Kosten für die Untersuchungen trägt der Anschlussnehmer, falls sich herausstellt, dass ein Verstoß gegen die Benutzungsbestimmungen dieser Satzung vorliegt.	
(3)	Der Anschlussnehmer hat auf Verlangen und nach Angabe der TBR auf eigene Kosten Abwasser-Probeentnahmestellen (z. B. Schächte) zu erstellen		(3)	Der Anschlussnehmer hat auf Verlangen und nach Angabe der Stadt Rheine auf eigene Kosten Abwasser-Probeentnahmestellen (z. B. Schächte) zu erstellen	

	und zu betreiben. Die TBR kann auch den Einbau von Abwassermengenmessenrichtungen, von automatischen Probeentnahmegeräten und von automatischen Messgeräten zur Ermittlung der Abwasserbeschaffenheit mit Aufzeichnung der Messwerte fordern.		len und zu betreiben. Die Stadt Rheine kann auch den Einbau von Abwassermengenmessenrichtungen, von automatischen Probeentnahmegeräten und von automatischen Messgeräten zur Ermittlung der Abwasserbeschaffenheit mit Aufzeichnung der Messwerte fordern.	
(4)	Ergebnisse von Messungen, die aufgrund von Genehmigungsbescheiden zuständiger Wasserbehörden nach § 58 WHG und § 59 Abs. 2 LWG in Verbindung mit der Verordnung über Anforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer vom 17. Juni 2004 - Abwasserverordnung - durchgeführt werden, sind der TBR ohne besondere Aufforderung unverzüglich vorzulegen.		(4) Ergebnisse von Messungen, die aufgrund von Genehmigungsbescheiden zuständiger Wasserbehörden nach § 58 WHG und § 59 Abs. 2 LWG in Verbindung mit der Verordnung über Anforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer vom 17. Juni 2004 - Abwasserverordnung - durchgeführt werden, sind der Stadt Rheine ohne besondere Aufforderung unverzüglich vorzulegen.	
§ 18 Auskunfts- und Nachrichtenpflicht; Betretungsrecht			§ 18 Auskunfts- und Nachrichtenpflicht; Betretungsrecht	
(1)	Der Grundstückseigentümer ist gemäß § 98 Abs. 1 LWG NRW i.V.m. § 101 Abs. 1 Nr. 3 WHG verpflichtet, der TBR auf Verlangen die für den Vollzug dieser Satzung erforderlichen Auskünfte über Bestand und Zustand der haustechnischen Abwasseranlagen, der Grundleitungen und der Hausanschlussleitung und ggf. der Druckentwässerungspumpstation zu erteilen.		(1) Der Grundstückseigentümer ist gemäß § 98 Abs. 1 LWG NRW i. V. m. § 101 Abs. 1 Nr. 3 WHG verpflichtet, der Stadt Rheine auf Verlangen die für den Vollzug dieser Satzung erforderlichen Auskünfte über Bestand und Zustand der haustechnischen Abwasseranlagen, der Grundleitungen und der Hausanschlussleitung und ggf. der Druckentwässerungspumpstation zu erteilen.	
(2)	Die erstmalige Herstellung versiegelter Flächen, die in die öffentliche Abwasseranlage entwässern oder deren Größenänderung, ist der TBR unverzüglich anzuzeigen.		(2) Die erstmalige Herstellung versiegelter Flächen, die in die öffentliche Abwasseranlage entwässern oder deren Größenänderung, ist der Stadt Rheine unverzüglich anzuzeigen.	
(3)	Die Anschlussnehmer und die Indirekteinleiter haben die TBR unverzüglich zu benachrichtigen, wenn		(3) Die Anschlussnehmer und die Indirekteinleiter haben die Stadt Rheine unverzüglich zu benachrichtigen, wenn	
	1. der Betrieb ihrer haustechnischen Abwasseranlagen durch Umstände beeinträchtigt wird, die auf Mängel der öffentlichen Abwasseranlage zurückzuführen sein können (z.B. Verstopfungen von Abwasserleitungen);		1. der Betrieb ihrer haustechnischen Abwasseranlagen durch Umstände beeinträchtigt wird, die auf Mängel der öffentlichen Abwasseranlage zurückzuführen sein können (z.B. Verstopfungen von Abwasserleitungen);	
	2. Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage ge-		2. Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage ge-	

	raten sind oder zu geraten drohen, die den Anforderungen nach § 7 nicht entsprechen;		raten sind oder zu geraten drohen, die den Anforderungen nach § 7 nicht entsprechen;	
	3. sich Art oder Menge des anfallenden Abwassers erheblich ändert;		3. sich Art oder Menge des anfallenden Abwassers erheblich ändert;	
	4. sich die der Mitteilung nach § 16 Absatz 2 zugrunde liegenden Daten erheblich ändern;		4. sich die der Mitteilung nach § 16 Absatz 2 zugrunde liegenden Daten erheblich ändern;	
	5. für ein Grundstück die Voraussetzungen des Anschluss- und Benutzungsrechtes entfallen.		5. für ein Grundstück die Voraussetzungen des Anschluss- und Benutzungsrechtes entfallen.	
(4)	Bedienstete der TBR und Beauftragte der TBR mit Berechtigungsausweis sind gemäß § 98 Abs. 1 LWG NRW i.V.m. § 101 Abs. 1 Nr. 4 – 6 WHG berechtigt, die angeschlossenen Grundstücke zu betreten, soweit dieses zum Zweck der Erfüllung der öffentlichen Abwasserbeseitigungspflicht oder zum Vollzug dieser Satzung erforderlich ist. Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten haben das Betreten von Grundstücken und Räumen zu dulden und ungehindert Zutritt zu allen Anlageteilen auf den angeschlossenen Grundstücken zu gewähren. Das Betretungsrecht gilt nach § 98 Abs. 1 Satz 2 LWG NRW auch für Anlagen zur Ableitung von Abwasser, das der TBR zu überlassen ist. Die Grundrechte der Verpflichteten aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG (Freiheit der Person), Art. 13 (Unverletzlichkeit der Wohnung) und Art. 14 GG (Eigentum) sind gemäß § 124 LWG NRW eingeschränkt.	(4)	Bedienstete der Stadt Rheine und Beauftragte der Stadt Rheine mit Berechtigungsausweis sind gemäß § 98 Abs. 1 LWG NRW i. V. m. § 101 Abs. 1 Nr. 4 – 6 WHG berechtigt, die angeschlossenen Grundstücke zu betreten, soweit dieses zum Zweck der Erfüllung der öffentlichen Abwasserbeseitigungspflicht oder zum Vollzug dieser Satzung erforderlich ist. Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten haben das Betreten von Grundstücken und Räumen zu dulden und ungehindert Zutritt zu allen Anlageteilen auf den angeschlossenen Grundstücken zu gewähren. Das Betretungsrecht gilt nach § 98 Abs. 1 Satz 2 LWG NRW auch für Anlagen zur Ableitung von Abwasser, das der Stadt Rheine zu überlassen ist. Die Grundrechte der Verpflichteten aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG (Freiheit der Person), Art. 13 (Unverletzlichkeit der Wohnung) und Art. 14 GG (Eigentum) sind gemäß § 124 LWG NRW eingeschränkt.	
§ 19 Haftung		§ 19 Haftung		
(1)	Der Anschlussnehmer und der Indirekteinleiter haben für eine ordnungsgemäße Benutzung der haustechnischen Abwasseranlagen, der Grundleitungen, der Hausanschlussleitung und ggf. der Druckentwässerungspumpstation nach den Vorschriften dieser Satzung zu sorgen. Sie haften für alle Schäden und Nachteile, die der TBR infolge eines mangelhaften Zustandes oder einer satzungswidrigen Benutzung der Grundstücksentwässerungseinrichtungen	(1)	Der Anschlussnehmer und der Indirekteinleiter haben für eine ordnungsgemäße Benutzung der haustechnischen Abwasseranlagen, der Grundleitungen, der Hausanschlussleitung und ggf. der Druckentwässerungspumpstation nach den Vorschriften dieser Satzung zu sorgen. Sie haften für alle Schäden und Nachteile, die der Stadt Rheine infolge eines mangelhaften Zustandes oder einer satzungswidrigen Benutzung der Grundstücksentwässerungsein-	

	und ggf. der Druckentwässerungspumpstation oder infolge einer satzungswidrigen Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage entstehen.		richtungen und ggf. der Druckentwässerungspumpstation oder infolge einer satzungswidrigen Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage entstehen.	
(2)	In gleichem Umfang hat der Ersatzpflichtige die TBR von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen.		(2) In gleichem Umfang hat der Ersatzpflichtige die Stadt Rheine von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen.	
(3)	Die TBR haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt hervorgerufen werden. Sie haftet auch nicht für Schäden, die dadurch entstehen, dass die vorgeschriebenen Rückstausicherungen nicht vorhanden sind oder nicht ordnungsgemäß funktionieren.		(3) Die Stadt Rheine haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt hervorgerufen werden. Sie haftet auch nicht für Schäden, die dadurch entstehen, dass die vorgeschriebenen Rückstausicherungen nicht vorhanden sind oder nicht ordnungsgemäß funktionieren.	
(4)	Der Anschlussnehmer hat unverzüglich nach Feststellung von Schäden an den haustechnischen Abwasseranlagen, der Grundleitungen, der Hausanschlussleitung und ggf. der Druckentwässerungspumpstation, die durch die TBR verschuldet sein können, die TBR zu informieren. Er hat eine Untersuchung dieser Anlagen durch die TBR oder deren Beauftragte zu dulden. Sofortige Maßnahmen zur Beseitigung von möglicherweise durch die TBR verursachte Schäden an den haustechnischen Abwasseranlagen, der Grundleitungen, der Hausanschlussleitung und ggf. der Druckentwässerungspumpstation sind erst nach Rücksprache mit der TBR zulässig, sofern unverzügliches Handeln nicht notwendig ist.		(4) Der Anschlussnehmer hat unverzüglich nach Feststellung von Schäden an den haustechnischen Abwasseranlagen, den Grundleitungen, der Hausanschlussleitung und ggf. der Druckentwässerungspumpstation, die durch die Stadt Rheine verschuldet sein können, die Stadt Rheine zu informieren. Er hat eine Untersuchung dieser Anlagen durch die Stadt Rheine oder deren Beauftragte zu dulden. Sofortige Maßnahmen zur Beseitigung von möglicherweise durch die Stadt verursachte Schäden an den haustechnischen Abwasseranlagen, den Grundleitungen, der Hausanschlussleitung und ggf. der Druckentwässerungspumpstation sind erst nach Rücksprache mit der Stadt Rheine zulässig, sofern unverzügliches Handeln nicht notwendig ist.	
§ 20	Berechtigte und Verpflichtete		§ 20	Berechtigte und Verpflichtete
(1)	Die Rechte und Pflichten, die sich aus der Satzung für Grundstückseigentümer ergeben, gelten entsprechend für Erbbauberechtigte und sonstige zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte sowie für die Träger der Baulast von Straßen, Wegen und Plätzen innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile.		(1) Die Rechte und Pflichten, die sich aus der Satzung für Grundstückseigentümer ergeben, gelten entsprechend für Erbbauberechtigte und sonstige zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte sowie für die Träger der Baulast von Straßen, Wegen und Plätzen innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile.	
(2)	Darüber hinaus gelten die Pflichten, die sich aus dieser Satzung für die Benutzung der öffentlichen		(2) Darüber hinaus gelten die Pflichten, die sich aus dieser Satzung für die Benutzung der öffentlichen	

Abwasseranlage ergeben, für jeden, der		Abwasseranlage ergeben, für jeden, der	
1. berechtigt oder verpflichtet ist, das auf den angeschlossenen Grundstücken anfallende Abwasser abzuleiten (also insbesondere auch Pächter, Mieter, Untermieter etc.) oder		1. berechtigt oder verpflichtet ist, das auf den angeschlossenen Grundstücken anfallende Abwasser abzuleiten (also insbesondere auch Pächter, Mieter, Untermieter etc.) oder	
2. der öffentlichen Abwasseranlage tatsächlich Abwasser zuführt.		2. der öffentlichen Abwasseranlage tatsächlich Abwasser zuführt.	
(3) Mehrere Verpflichtete haften als Gesamtschuldner.		(3) Mehrere Verpflichtete haften als Gesamtschuldner.	
§ 21 Ordnungswidrigkeiten		§ 21 Ordnungswidrigkeiten	
(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen		(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen	
1. § 7 Absatz 1 und 2 Abwässer oder Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage einleitet oder einbringt, deren Einleitung oder Einbringung ausgeschlossen ist;		1. § 7 Absatz 1 und 2 Abwässer oder Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage einleitet oder einbringt, deren Einleitung oder Einbringung ausgeschlossen ist;	
2. § 7 Absatz 3 und 4 Abwasser über den zugelassenen Volumenstrom hinaus einleitet oder hinsichtlich der Beschaffenheit und der Inhaltsstoffe des Abwassers die Grenzwerte nicht einhält oder das Abwasser zur Einhaltung der Grenzwerte verdünnt oder vermischt;		2. § 7 Absatz 3 und 4 Abwasser über den zugelassenen Volumenstrom hinaus einleitet oder hinsichtlich der Beschaffenheit und der Inhaltsstoffe des Abwassers die Grenzwerte nicht einhält oder das Abwasser zur Einhaltung der Grenzwerte verdünnt oder vermischt;	
3. § 7 Absatz 5 Abwasser ohne Einwilligung der TBR auf anderen Wegen als über die Anschlussleitung eines Grundstückes in die öffentliche Abwasseranlage einleitet ausgenommen Niederschlagswasser von befestigten Hauseingangs- und Garagenvorflächen nicht gewerblich oder industriell genutzter Grundstücke bis zu einer Größe von 100 qm;		3. § 7 Absatz 5 Abwasser ohne Einwilligung der Stadt Rheine auf anderen Wegen als über die Anschlussleitung eines Grundstückes in die öffentliche Abwasseranlage einleitet, ausgenommen Niederschlagswasser von befestigten Hauseingangs- und Garagenvorflächen nicht gewerblich oder industriell genutzter Grundstücke bis zu einer Größe von 100 qm;	
4. § 8 Abwasser mit Leichtflüssigkeiten wie Benzin, Benzol, Diesel-, Heiz- oder Schmieröl sowie fett-, pflanzenöl- oder stärkehaltiges Abwasser vor der Einleitung in die öffentliche Abwasseranlage nicht in entsprechende Abscheider einleitet oder Abscheider nicht oder nicht ordnungsgemäß einbaut oder be-		4. § 8 Abwasser mit Leichtflüssigkeiten wie Benzin, Benzol, Diesel-, Heiz- oder Schmieröl sowie fett-, pflanzenöl- oder stärkehaltiges Abwasser vor der Einleitung in die öffentliche Abwasseranlage nicht in entsprechende Abscheider einleitet oder Abscheider nicht oder nicht ordnungsgemäß einbaut oder betreibt	

	treibt oder Abscheidergut nicht in Übereinstimmung mit den abfallrechtlichen Vorschriften entsorgt oder Abscheidergut der öffentlichen Abwasseranlage zuführt;		oder Abscheidergut nicht in Übereinstimmung mit den abfallrechtlichen Vorschriften entsorgt oder Abscheidergut der öffentlichen Abwasseranlage zuführt;	
5.	§ 9 Absatz 2 das Abwasser nicht in die öffentliche Abwasseranlage einleitet;		5. § 9 Absatz 2 das Abwasser nicht in die öffentliche Abwasseranlage einleitet;	
6.	§ 9 Absatz 6 in den im Trennsystem entwässerten Bereichen das Schmutz- und das Niederschlagswasser nicht den jeweils dafür bestimmten Anlagen zuführt;		6. § 9 Absatz 6 in den im Trennsystem entwässerten Bereichen das Schmutz- und das Niederschlagswasser nicht den jeweils dafür bestimmten Anlagen zuführt;	
7.	§ 11 auf seinem Grundstück anfallendes Niederschlagswasser als Brauchwasser nutzt ohne vorherige Anzeige bei der TBR;		7. § 11 auf seinem Grundstück anfallendes Niederschlagswasser als Brauchwasser nutzt ohne vorherige Anzeige bei der Stadt Rheine;	
8.	§ 11 eine Rückkoppelung zwischen Brauchwasseranlage und öffentlicher Trinkwasserversorgung nicht vermeidet;		8. § 11 eine Rückkoppelung zwischen Brauchwasseranlage und öffentlicher Trinkwasserversorgung nicht vermeidet;	
9.	§ 12 Abs. 4, § 13 Abs. 6 die Pumpenschächte, die Einstiegsschächte oder Inspektionsöffnung nicht frei zugänglich hält;		9. § 12 Abs. 4, § 13 Abs. 6 die Pumpenschächte, die Einstiegsschächte oder Inspektionsöffnung nicht frei zugänglich hält;	
10.	§ 13 Absatz 6 die Einsteigschächte mit Zugang für Personal nicht oder nicht mit der geforderten Abdeckung einbaut;		10. § 13 Absatz 6 die Einsteigschächte mit Zugang für Personal nicht oder nicht mit der geforderten Abdeckung einbaut;	
11.	§ 14 Absatz 1 den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage ohne vorherige Zustimmung der TBR herstellt oder ändert;		11. § 14 Absatz 1 den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage ohne vorherige Zustimmung der Stadt Rheine herstellt oder ändert;	
12.	§ 14 Absatz 2 den Abbruch eines mit einem Anschluss versehenen Gebäudes nicht oder nicht rechtzeitig der TBR mitteilt;		12. § 14 Absatz 2 den Abbruch eines mit einem Anschluss versehenen Gebäudes nicht oder nicht rechtzeitig der Stadt Rheine mitteilt;	
13.	§ 14 Absatz 5 - 10 Einleitungen ohne Zustimmung der TBR vornimmt;		13. § 14 Absatz 5 - 7 Einleitungen ohne Zustimmung der Stadt Rheine vornimmt;	
	14. § 14 Abs. 8 ohne Zustimmung der Stadt Änderungen der Grundstücksentwässerungsanlage vornimmt.		14. § 14 Abs. 8 ohne Zustimmung der Stadt Rheine Änderungen der Grundstücksentwässerungsanlage vornimmt.	
	15. § 14 Abs. 9 die erforderliche Mitteilung an die Stadt unterlässt.		15. § 14 Abs. 9 die erforderliche Mitteilung an die Stadt Rheine unterlässt.	
	16. § 14 Abs. 10 die geforderten Maßnahmen im Hinblick auf mögliche Störfälle oder die Einlei-		16. § 14 Abs. 10 die geforderten Maßnahmen im Hinblick auf mögliche Störfälle oder die Einlei-	

	tung kontaminierter Abwässer unterlässt.	tung kontaminierter Abwässer unterlässt.	
14. § 16 Absätze 2 und 3 der TBR die abwassererzeugenden Betriebsvorgänge nicht oder nicht rechtzeitig benennt oder auf ein entsprechendes Verlangen der TBR hin keine oder nur eine unzureichende Auskunft über die Zusammensetzung des Abwassers, den Abwasseranfall und die Vorbehandlung des Abwassers erteilt oder Planunterlagen nicht vorlegt;		17. § 16 Absätze 2 und 3 der Stadt Rheine die abwassererzeugenden Betriebsvorgänge nicht oder nicht rechtzeitig benennt oder auf ein entsprechendes Verlangen der Stadt Rheine hin keine oder nur eine unzureichende Auskunft über die Zusammensetzung des Abwassers, den Abwasseranfall und die Vorbehandlung des Abwassers erteilt oder Planunterlagen nicht vorlegt;	
15. § 17 Absatz 3 die geforderten Probeentnahmestellen nicht erstellt und die geforderten Abwassermengenmesseinrichtungen, Probenahme- und Messgeräte nicht einbaut;		18. § 17 Absatz 3 die geforderten Probeentnahmestellen nicht erstellt und die geforderten Abwassermengenmesseinrichtungen, Probenahme- und Messgeräte nicht einbaut;	
16. § 17 Absatz 4 Messergebnisse nicht unverzüglich vorlegt;		19. § 17 Absatz 4 Messergebnisse nicht unverzüglich vorlegt;	
17. § 18 Absatz 2 die Größe versiegelter Fläche, die in die öffentliche Abwasseranlage entwässern oder deren Änderung nicht binnen 3 Monate nach Inanspruchnahme der öffentlichen Abwasseranlage mitteilt;		20. § 18 Absatz 2 die Größe versiegelter Flächen, die in die öffentliche Abwasseranlage entwässern oder deren Änderung nicht binnen 3 Monate nach Inanspruchnahme der öffentlichen Abwasseranlage mitteilt;	
18. § 18 Absatz 3 die TBR nicht unverzüglich benachrichtigt;		21. § 18 Absatz 3 die Stadt Rheine nicht unverzüglich benachrichtigt;	
19. § 18 Absatz 4 die Bediensteten der TBR oder die durch die TBR Beauftragten mit Berechtigungsausweis daran hindert, zum Zweck der Erfüllung der öffentlichen Abwasserbeseitigungspflicht oder zum Vollzug dieser Satzung die angeschlossenen Grundstücke zu betreten, oder diesem Personenkreis nicht ungehinderten Zutritt zu allen Anlageteilen auf den angeschlossenen Grundstücken gewährt.		22. § 18 Absatz 4 die Bediensteten der Stadt Rheine oder die durch die Stadt Rheine Beauftragten mit Berechtigungsausweis daran hindert, zum Zweck der Erfüllung der öffentlichen Abwasserbeseitigungspflicht oder zum Vollzug dieser Satzung die angeschlossenen Grundstücke zu betreten, oder diesem Personenkreis nicht ungehinderten Zutritt zu allen Anlageteilen auf den angeschlossenen Grundstücken gewährt.	
(2) Ordnungswidrig handelt auch, wer entgegen § 7 Absatz 11 unbefugt Arbeiten an der öffentlichen Abwasseranlage vornimmt, Schachtabdeckungen oder Einlaufroste öffnet, Schieber bedient oder in einen Bestandteil der öffentlichen Abwasseranlage,		(2) Ordnungswidrig handelt auch, wer entgegen § 7 Absatz 11 unbefugt Arbeiten an der öffentlichen Abwasseranlage vornimmt, Schachtabdeckungen oder Einlaufroste öffnet, Schieber bedient oder in einen Bestandteil der öffentlichen Abwasseranlage,	

etwa einen Abwasserkanal, einsteigt.		etwa einen Abwasserkanal, einsteigt.	
(3) Ordnungswidrigkeiten nach dem Absatz 1 und 2 können gemäß § 7 Abs. 2 GO NRW i.V.m. § 17 OWiG mit einer Geldbuße bis zu 1.000 € geahndet werden.		(3) Ordnungswidrigkeiten nach dem Absatz 1 und 2 können gemäß § 7 Abs. 2 GO NRW i. V. m. § 17 OWiG mit einer Geldbuße bis zu 1.000 € geahndet werden.	
§ 22 Inkrafttreten		§ 22 Inkrafttreten	
Diese Satzung tritt am 01. Januar 2020 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage in der Stadt Rheine - Entwässerungssatzung - vom 14. Dezember 2017 außer Kraft.	Diese Satzung tritt am 01. Januar 2021 in Kraft.	Diese Satzung tritt am 1. Januar 2021 in Kraft.	
	Für Zeiträume bis zum 31.12.2020 gilt die Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage in der Stadt Rheine- Entwässerungssatzung – der Technische Betriebe Rheine AöR vom 12. Dezember 2019 mit der Maßgabe fort, dass an die Stelle der Technische Betriebe Rheine AöR die Stadt Rheine tritt.	Für Zeiträume bis zum 31.12.2020 gilt die Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage in der Stadt Rheine - Entwässerungssatzung – der Technische Betriebe Rheine AöR vom 12. Dezember 2019 mit der Maßgabe fort, dass an die Stelle der Technische Betriebe Rheine AöR die Stadt Rheine tritt.	